

Unter anderem in dieser Ausgabe:

AUSSCHREIBUNG: VERTRAUENSPERSONEN GESUCHT s. 2

AUFRUF: MACH MIT BEI CLEANUP-DAY s. 4

AUSEINANDERSETZUNG: NAH-OST-DEBATTE s. 8-11

ARMUT: ZAHLEN UND FAKTEN s. 16

Veranstaltungstipp

Zuhause im Kapitalismus

Tagesseminar über ökonomische Analysen zur Wohnpolitik am 24. Januar. Unsere AG Politische Bildung beleuchtet hierbei die Interessengegensätze von Mieter*innen und Vermieter*innen.

Mehr Infos auf Seite 2

Mitteilungsblatt

Ausgabe Winter 2025/26

Zeitung von Die Linke Leipzig



Wir bleiben dran, versprochen.

Layout: George Rainov

Ein Jahr des Aufbruchs

Liebe Genoss*innen,

ein turbulentes Jahr liegt hinter uns. Ende 2024 standen wir an einem ganz anderen Punkt als jetzt, Ende 2025 – und wir können selbstbewusst sagen: Unsere gemeinsame Organisation trägt Früchte! Zwar verschlechtern sich die Verhältnisse unter den aktuellen CDU-geführten Regierungen weiterhin, aber wir als Linke machen mit unserer klaren Kritik, unseren konkreten Alternativen und gelebter Solidarität einen deutlich spürbaren Unterschied.

Denn als Stadtverband verstehen wir uns als Teil einer organisierenden Klassenpartei, die sich an den Interessen der arbeitenden Mehrheit orientiert und sich Schritt für Schritt in Stadtteilen und Betrieben verankert. Genau diese Perspektive prägt unser tägliches poli-

tisches Handeln. Das ist eine Entwicklung des letzten Jahres, die uns Hoffnung gibt.

Als wir im September 2025 Vorsitzende wurden, war Die Linke Leipzig schon der größte Kreisverband bundesweit. Dennoch haben wir uns von damals knapp 2.300 auf nun über 5.000 Mitglieder mehr als verdoppelt. Wir spüren diesen Zuwachs an motivierten Menschen überall und freuen uns über eure Energie und euren Tatendrang. Gemeinsam bewegen wir etwas!

Bangte Die Linke Ende 2024 noch um den Wiedereinzug in den Bundestag, so stellen wir dort nun mit der weiblichsten und jüngsten Fraktion 10 % der Abgeordneten und prägen damit eine neue politische Generation. Durch unser fulminantes Comeback auf Bundesebene schaffen wir Gehör für Anliegen,

die sonst zu kurz kommen. Wir bringen den Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Kürzungen bei Sozialleistungen, Bildung und Rente sowie gegen die Normalisierung von Rassismus und Ausgrenzung in die Parlamente.

Wir organisieren die Hoffnung in dieser düsteren Zeit, und darauf sind wir stolz!

Lasst uns das 2026 gemeinsam weitertragen!

Mit den besten Wünschen für die Jahresendzeit und das neue Jahr

Eure Stadtvorsitzenden

Nina Treu & Johannes Schmidt

Nina Treu & Johannes Schmidt

Sprechstunden & Sozialberatung

Die Linke vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 8. Januar 2025, 15:00 Uhr, Stadteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külöw

Sozialberatungen:

- Hilfe Telefon 0174-41471385
Kontaktiert uns per SMS oder mit WhatsApp, Signal oder Telegram.
- 2. Do. im Monat, 18:30 bis 20:00 Uhr
WKB, Grünau, Stuttgarter Allee 18
Tel. Nr. (0341) 2318440
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr,
INTERIM, Demmeringstraße 32,
Sozialberatung mit ELO -
Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr,
linXXnet, Brandstraße 15,
Sozialberatung mit ELO -
Erwerbslosenhilfe Leipzig
Tel. Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden 1., 3. und 5. Do., 17:00 Uhr,
Solidarische Beratung im Stadtteil,
Stannebeinplatz 11,
Mail: sozialberatung-no@
dielinke-leipzig.de
- jeden Do. 16:00 bis 18:00 Uhr,
Stadtteil-Treff "Klinke",
Volckmarstraße 5 (rollstuhlgerecht),
Mail: sprechstunde.klinke@dielinke-
leipzig.de

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr
linXXnet, Brandstraße 15
- 3. Freitag im Monat, 18:00 Uhr
Pörstener Straße 9
Mail: mietsprechstunde@
dielinke-leipzig.de

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung:
Mi. 21. Januar 2026, ab 17:00 Uhr
Mi. 18. Februar 2026, ab 17:00 Uhr
R 270, Neues Rathaus
- Ratsversammlung:
Mi. 28. Januar 2026, ab 14:00 Uhr
Mi. 25. Februar 2026, ab 14:00 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl 2. Teil):
Do. 29. Januar 2026, ab 16:00 Uhr
Do. 26. Februar 2026, ab 16:00 Uhr
Ratssaal, Neues Rathaus

Ausschreibung Vertrauenspersonen

Stadtvorstand Unser Stadtverband wird größer, vielfältiger und bunter. Mit dieser Diversität an Lebensgeschichten, Erfahrungen und Perspektiven müssen wir unsere Räume für Parteiarbeit und Begegnung neu denken.

Aus diesem Grund sucht Die Linke Leipzig zum nächstmöglichen Zeitpunkt fünf ehrenamtliche Vertrauenspersonen, die als Vertrauensgruppe die Unterstützungsarbeit für Betroffene von grenzüberschreitenden oder diskriminierenden Verhalten im Stadtverband leisten. Die Personen werden auf 2 Jahre berufen.

Rolle der Vertrauensgruppe und -personen:

Vertrauensgruppen bestehen aus Vertrauenspersonen. Sie sind parteiinterne Anlaufstellen in erster Linie für Betroffene im Zusammenhang mit der Partei, zuständig für die Begleitung und Durchführung einer parteiinternen, fallspezifischen Aufarbeitung und für die anonymisierte Dokumentation ihrer Arbeit.

Die Linke hat auf unterschiedlichen Ebenen Vertrauenspersonen bestimmt, die den Betroffenen von Übergriffen, Machtmissbrauch oder Diskriminierung innerhalb der Partei zur Seite stehen. Sie sind dazu verpflichtet, mit den ihnen zugetragenen Informationen und Daten vertraulich umzugehen und nach bestem Gewissen zu handeln.

Die Vertrauenspersonen sind ausschließlich für die Unterstützung der Betroffenen da. Sie sind unabhängig von Parteihierarchien und niemandem rechenschaftspflichtig, weder anderen Mitgliedern noch den Parteigremien.

Aufgabenbereich:

- Unterstützung und Begleitung von Betroffenen von grenzüberschreitenden und/oder diskriminierenden Verhalten im Rahmen der Parteiarbeit nach den Prinzipien der Anerkennung der Betroffenenperspektive, Parteilichkeit, betroffenenzentrierten Umgang und Vertraulichkeit.
- Durchführung von (Erst-)Gesprächen mit der betroffenen Person und ggf. Beratung
- Abstimmung eines Klärungsprozesses mit der betroffenen Person und ggf. Verabredung eines Fahrplans mit Maßnahmen zur Schaffung von Schutzraum (auf Wunsch auch die Gesprächsführung mit ausübenden Personen)
- Anonymisierte Dokumentation der Fälle in einem standardisierten Erfassungsbogen nach unterschiedlichen Kategorien (Anzahl, Diskriminierungsform, strafrechtlich relevant ja/nein, Wiederholungsfall ja/nein etc.)

- Erstellung von anonymisierten Berichten, welche mindestens zweimal jährlich dem Stadtvorstand vorgetragen werden, um im Rechenschaftsbericht Berücksichtigung zu finden.
- Pflege und Bearbeitung des E-Mail-Postfachs sowie die zeitnahe Kontaktaufnahme mit Betroffenen

Das bringst du mit:

- Schulung und erste Erfahrungen im Bereich Awareness oder betroffenenzentrierter Unterstützungsarbeit
- Kenntnisse zum Leitfaden zum Umgang mit Sexismus, sexistischen oder queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexualisierter Gewalt
- Unabhängigkeit von Funktionen und Ämtern im Stadtverband, um die Einflussnahme von Parteihierarchien und Interessenkonflikten zu vermeiden
- Regelmäßige Zeitkontingente zur Pflege und Bearbeitung des E-Mail-Postfachs, für Gespräche, zur Dokumentation und Berichterstattung (schätzungsweise 2-5 Stunden in der Woche je Person wenn Fälle auftreten).

Das bieten wir dir:

- Kooperative Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Stadtvorstandes
- Niedrigschwellige Kontaktmöglichkeiten auf der Website des Stadtverbandes
- Unterstützung bei der Finanzierung und Umsetzung von Schulungs- und Weiterbildungsangeboten im Bereich Awareness und der Unterstützungsarbeit für Betroffene seitens des Stadtvorstandes sowie der Landes- und Bundesebene
- Der Leitfaden zum Umgang mit Fällen von Sexismus, sexistischen oder queerfeindlichen Grenzverletzungen und sexualisierter Gewalt
- Bundesweite Vernetzung mit Vertrauenspersonen/-gruppen zur Reflexion und zum Erfahrungsaustausch durch die Bundesvertrauensgruppe
- Bei zeitintensiven und komplizierten Fällen besteht die Möglichkeit zur Beantragung eines Honorars beim Stadtvorstand

Du bist geschult oder hast langjährige Erfahrungen in der Unterstützungsarbeit? Dann sende uns eine aussagekräftige

Bewerbung bis zum 08.02.2025 an folgende E-Mail-Adresse:

kontakt@dielinke-leipzig.de

Die Vertrauensgruppe sollte idealerweise die Vielfalt unserer Mitgliedschaft spiegeln. Aus diesem Grund freuen wir uns über alle Bewerbungen und eine bunte Vielzahl an Bewerber*innen!

Tagesseminar: Das Zuhause im Kapitalismus

AG Politische Bildung Ökonomische Analysen zur Wohnpolitik

Die AG Politische Bildung der Linken Leipzig lädt zu ihrem Tagesseminar „Das Zuhause im Kapitalismus: Ökonomische Analysen zur Wohnpolitik“ ein. Dieses bietet einen ersten Zugang zur Analyse der kapitalistischen Wohnverhältnisse und beleuchtet die grundlegenden Interessengegensätze von Mieter*innen und Vermieter*innen.

- **Erfahrungsaustausch & Diskussion:** In Diskussionen und interaktiven Elementen werden wir unsere konkreten Erfahrungen rund um das Thema Miete und Wohnen teilen und kennenlernen. Der Erfahrungsaustausch bietet die Möglichkeit unser bisheriges Wissen unmittelbar mit den täglichen Herausforderungen und Kämpfen im Wohntag zu verknüpfen.
- **Wissensvermittlung & Theoretische Hintergründe:** Durch theoretische Zugänge analysieren wir marxistische Perspektiven auf die Wohnpolitik. Das Seminar umfasst ökonomische Untersuchungen zur Funktion des Eigentums von Grund & Boden und des Immobilienmarktes sowie eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Wohnpolitik, um zu verstehen, wie das "Geschäft mit dem Wohnen" historisch gewachsen ist und heute funktioniert.

Ziel des Seminars ist es, eine gemeinsame theoretische Basis zu schaffen, um die kapitalistischen Wohnverhältnisse zu verstehen und einen Klärungsprozess über Inhalte und Strategien linker Wohnungspolitik zu führen.

Organisatorische Hinweise:

Die maximale Teilnehmer*innenzahl ist auf 30 Personen begrenzt. Eine zeitnahe Anmeldung wird empfohlen.

Dieses Seminar ist der Auftakt einer Reihe zum Thema Wohnen und Miete. Weitere thematische Vertiefungen und Workshops werden folgen.

Um eine breite Verankerung der Ergebnisse zu gewährleisten, wird gewünscht, dass die Stadtbezirksverbände der Linken Leipzig jeweils 1 bis 2 Genoss*innen offiziell in das Seminar entsenden.

Wann: Samstag, 24.01.2026, 9 Uhr bis 18 Uhr
Wo: NordWest-Stern e.V., Georg-Schumannstr. 126

Anmeldungen mit Name und Stadtbezirksverband bitte via Mail an:

ag.polbil@dielinke-leipzig.de

Ablaufplan:

09:00 Uhr

Ankommen & Begrüßung

09:30 Uhr

Kennenlernen & Vorstellung

10:00 Uhr

Eigene Wohnwelt

11:00 Uhr

Marxistische Analysen

13:00 Uhr

Mittagspause

13:45 Uhr

Geschichte der Wohnpolitik

15:15 Uhr

Pause

15:30 Uhr

Politische Analysen: „Wohnen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft“

17:30 Uhr

Abschlussrunde

18:00 Uhr

Seminarende

Sei solidarisch: Gib uns Dein Geld – und bekomme Deinen Gutschein!

Jessica Herrmann für das linXXnet Die Bundesregierung hat beschlossen, dass Asylsuchende bundesweit kein Bargeld mehr bekommen sollen. Stattdessen werden staatliche Geldleistungen auf sogenannte „Bezahlkarten“ geladen. Von dieser Karte kann man nur 50€ Bargeld im Monat abheben. Wo keine Kartenzahlung möglich ist, können Betroffene nicht einkaufen. Überweisungen müssen einzeln vom Amt genehmigt werden. Das ist diskriminierend.

Was können wir dagegen machen?

Über die Bezahlkarte lassen sich Supermarkt-Gutscheine kaufen. Wir tauschen diese Gutscheine gegen Bargeld. So können Betroffene ihr Geld selbstbestimmt nutzen – und solidarische Menschen bezahlen ihren Einkauf einfach mit den Gutscheinen.

Du möchtest solidarisch sein und dich beteiligen?

Im linXXnet können nun Gutscheine im Wert von jeweils 50 € gegen Bargeld getauscht

werden. Bei den Gutscheinen wird es sich um Supermärkte und Drogerien handeln. Wenn du dich solidarisch zeigen und Gutscheine erwerben möchtest, dann melde dich bei:

neinzurbezahlkartelinxxnet@gmail.com

Schreib uns eine Mail mit folgenden Infos:

1. Wie viel Geld pro Monat willst du regelmäßig als Gutschein(e) haben?
2. Von welchen Supermärkten willst du Gutscheine? (gib unbedingt mehrere Optionen an!)
3. Möchtest du die Tauschaktionen mit einer Spende unterstützen und so das Tauschvolumen erhöhen?

Wenn du nicht regelmäßig mit uns tauschen kannst/möchtest ist es auch möglich frei verfügbare Gutscheine in einer Tauschstation zu tauschen. Schreib uns auch gern dazu eine Mail oder komm während der Öffnungszeiten im linXXnet vorbei.



Aufruf der AG Klimagerechtigkeit zum Neujahrs-Cleanup Day

Helenie Buntrock Jedes Jahr aufs Neue leiden Mensch, Tier, Natur und Umwelt unter den zahlreichen, negativen Auswirkungen der Silvesterfeuerwerke. Ein wesentliches Problem sind dabei die enormen Mengen an Müll, die über den Jahreswechsel durch die Feuerwerkskörper anfallen. Im Jahr 2023 sammelte die Leipziger Stadtreinigung beispielsweise knapp 85 Kubikmeter Silvestermüll ein. Zur Veranschaulichung: Das sind ca. 425 Badewannen voll Müll!

Doch das Problem liegt nicht in erster Linie bei diesem Müll, sondern bei dem Müll, der nicht eingesammelt wird, weil er auf Grünflächen und in Gewässern landet. Diese Überreste, die in der Umwelt liegen bleiben, zerfallen nicht nur zu Mikroplastik und bauen sich nur sehr langsam ab, sondern enthalten auch viele schädliche bis hochgiftige Chemikalien, die so in unsere Böden,

Wasserkreisläufe und schließlich in unsere Nahrung gelangen.

Wir als AG Klimagerechtigkeit möchten deswegen alle Stadtbezirksverbände (SBVs) dazu aufrufen sich am Samstag, den 03.01.2026, an einem dezentralen, stadtweiten Cleanup Day zu beteiligen. Dabei geht es uns darum, den Silvestermüll gezielt an den Stellen aufzusammeln, an denen er eben in der Umwelt liegen bleibt, wie beispielsweise auf vielen Grünflächen. Um der Aktion mehr Wirkkraft zu verleihen, würden wir uns freuen, wenn sich möglichst in allen zehn SBVs Mitglieder zusammenfinden, die Interesse haben, an der Aktion teilzunehmen.

Unser Ziel ist es, die Menschen für die Schattenseiten beim Böllern zu sensibilisieren. Dazu haben wir einerseits einen In-

formationsflyer erstellt. Andererseits sollen alle teilnehmenden Gruppen dokumentieren, wie viel Müll sie in den jeweiligen SBVs schließlich einsammeln.

Wo diese Aktionen stattfinden, obliegt den teilnehmenden Gruppen, die ihre jeweiligen Stadtbezirke am besten kennen und demnach geeignete Orte/Sammelrouten festlegen können.

Wenn ihr mitmachen wollt, wendet euch bitte an helenie.buntrock@dielinke-leipzig.de mit den Infos zu welchem SBV ihr gehört und wo die Aktion stattfinden soll. Bilder von der Aktion bitte ebenso dorthin senden.

Bisher hat nur der SBV Südwest zugesagt, sich an der Aktion zu beteiligen, wir würden uns sehr freuen, wenn sich die anderen SBVs ebenfalls anschließen.

Vorstandswahl Stadtbezirksverband Nordost

Nachdem sich in den letzten zwei Jahren der Anteil junger Mitglieder von ca. 30 % Anfang 2024 auf über 70 % bis Ende 2025 entwickelte, spiegelt nun auch die Zusammensetzung des neugewählten Vorstandes genau diese positive Entwicklung wieder. Seit dem 12. Dezember gibt es erstmals eine Doppelspitze aus Jung und Alt.

Petra Ertel & Carl Bauer führen als Co-Vorsitzende die Mitglieder in die kommenden Herausforderungen. Dirk Heinze zählt noch zu den „alten Hasen“, alle anderen sind Neumitglieder, die zukünftig die Geschicke des SBV NO lenken und leiten werden. Weitere Vorstandsmitglieder sind Jacqueline Görner, Cassi Lenk, Theresa Warnke, Paul Georgi, Maximilian Luck, sowie Christian Würzberger.

Wir alle sind gewillt besonders unsere Neumitglieder in die verschiedensten laufenden Projekte einzubeziehen, wir sind offen auch für neue Ideen und hoffen sehr auf engagierte Mitglieder die unsere Anliegen unterstützen.

Schwerpunkte werden vor allem die Fortführung solidarischer Projekte, wie Sozialberatung und Küfa sein, aber auch der Ausbau von bewährten Formaten der Öffentlichkeitsarbeit, wie Infostände und Briefkastenaktionen, auch zwischen den Wahlen. Verstärkt werden wir hier die AfD-lastigen Stadtteile Thekla und Mockau in unseren Fokus nehmen, was nicht ganz einfach sein wird.

Unsre Teilnahme an Bürgerfesten wie „Bunter Mockauer Sommer“ oder am „Theklaer

Wasserfest“ soll wieder mit vielen kreativen Ideen umgesetzt werden. Auch hier hoffen wir auf noch mehr Mitgliederbeteiligung. Packen wir's an!

Der neue Vorstand Nordost. Von links nach rechts: Petra Ertel, Maximilian Luck, Jacqueline Görner, Dirk Heinze, Christian Würzberger, Carl Bauer. Nicht im Bild: Cassandra Lenk, Theresa Warnke, Paul Georgi



Foto: Ariane Barth

Nein zur Wehrpflicht

Jacqueline Görner Am Freitag, dem 5. Dezember, haben wir gemeinsam mit über 300 engagierten Schüler:innen vor dem Karrierecenter der Bundeswehr ein starkes Zeichen gesetzt: Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht durch die Hintertür und gegen jeden Versuch, junge Menschen zu Zwangsdiensten zu verpflichten.

Trotz der Entscheidung des Bundestages, das neue Wehrpflichtgesetz durchzuwinken, ist die Botschaft auf der Straße eindeutig gewesen: Diese Politik wird nicht ak-

zeptiert. Dieser Eingriff in die Freiheit junger Menschen stößt auf Widerstand und dieser Widerstand wächst. Wir haben erlebt, wie viel Mut, Klarheit und politische Wachheit in dieser jungen Bewegung steckt. Der Protest vom Freitag war kein Endpunkt, sondern ein Auftakt. Der öffentliche Druck nimmt zu, und wir werden diesen Aufwind nutzen. Für uns als AG Antimilitarismus der Linken Leipzig gilt: Wir stehen weiterhin an der Seite aller, die Zwangsdienste ablehnen. Wir unterstützen diejenigen, die sich verweigern wollen – politisch, beratend und solidarisch. Denn

auch heute gilt: Stell dir vor, der Staat führt einen Zwangsdienst ein und niemand macht mit. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass niemand allein bleibt, der sich gegen Militarisierung, Rekrutierungsdruck und staatliche Pflichtdienste stellt. Der 5.12. hat gezeigt, dass wir viele sind. Und dass wir weitermachen.

Der Protest geht weiter. Wir bleiben laut. Und wir bleiben solidarisch.

Fotos: Jacqueline Görner

Ein halbes Jahr BO Eisenbahnstraße

BO Eisenbahnstraße Rückblick auf unsere neue BO im Osten

An einem warmen Sommerabend, Montag nach einem überaus heißen Tag, entschieden wir uns, die BO Eisenbahnstraße zu gründen. Mit dieser neuen Basisorganisation wollten wir einen Anlaufpunkt im Viertel schaffen, einen Raum für Menschen aus der Nachbar:innenschaft und darüber hinaus – ein Ort für Begegnung, Austausch und Aktivismus, der leicht zugänglich und offen für alle ist. Seit jener Sommernacht treffen wir uns nun zweimal im Monat in den Räumen des kurdischen Vereins.

Nach den ersten Treffen im Sommer, in denen wir Verschiedenes ausprobiert hatten, stellten wir fest, dass wir zunächst herausfinden mussten, was wir eigentlich machen wollen. In drei Treffen haben wir gemeinsam überlegt, weswegen wir in einer BO sind, worauf wir Lust haben, was unsere Ziele sind und wie wir diese umsetzen können. Drei Schwerpunkte haben sich für uns herausgebildet:

Erstens wollen wir den sozialen Zusammenhalt und das Miteinander an der Parteibasis stärken. Wir wollen keine BO-Treffen mit einer trockenen Tagesordnungsliste, sondern Treffen, zu denen wir gerne kommen. Über die Treffen hinaus haben wir inzwischen bei drei Kneipenabenden das Wochenende eingeläutet. Besonders schön war dabei, dass immer auch Genoss:innen aus anderen Strukturen dazukamen. In diese soziale Kategorie fielen auch unser Halloweenquiz „Horror Picture Show of Politics“ am 31.10. in der Klinka gemeinsam mit dem SBV Mitte so-

wie ein Küfa-Film-Abend zusammen mit der Gruppe Defend Kurdistan am 23.10. Vieles davon wollen wir als regelmäßige Formate etablieren, um uns weiter zu vernetzen, uns kennenzulernen und nicht zu vergessen, dass wir die Welt ohne gemeinsamen Spaß nicht zu einem besseren Ort machen.

Zweitens wollen wir uns natürlich als Teil einer Partei gemeinsam weiterbilden und uns über die politischen Ereignisse um uns herum austauschen. Dafür haben wir einmal im Monat während unserer Treffen eine politische Teestunde etabliert. Bei Tee und Gebäck diskutieren wir über ein Thema, das uns unter den Nägeln brennt – bisher waren dies Merz' Angriff auf die arbeitende Klasse, die Situation in Palästina und die Linke sowie die Wehrpflichtsdebatte. Dabei schauen wir auch immer darauf, was andere in unserer Partei dazu sagen und was eine sozialistische Position wäre. Neben der politischen Teestunde versuchen wir, uns in den Themen, die für die aktuelle Praxis in der Partei wichtig sind, weiterzubilden – aktuell arbeiten wir zum Thema Mieten und Wohnen.

Ein dritter Arbeitsschwerpunkt ist für uns die Präsenz im Viertel und die Stärkung unserer Basis vor Ort – sowohl nach innen als auch nach außen. Wir wollen die Sichtbarkeit der Linken im Viertel stärken, mit Menschen ins Gespräch kommen, Mitglieder aktivieren, uns mit anderen Strukturen vernetzen und Aktionen planen bzw. unterstützen. Bisher hatten wir einen Infostand im Stadtteilpark Rabat und haben an Haus-

türen von Genoss:innen geklingelt, um das Mitteilungsblatt zu verteilen, ins Gespräch zu kommen und sie zu den Treffen der BO einzuladen. Im neuen Jahr wollen wir diese Aktivitäten weiter ausbauen.

Insgesamt haben wir es geschafft, eine regelmäßige Struktur aufzubauen, zu der immer wieder auch neue Genoss:innen dazu stoßen. Natürlich gibt es Fluktuation. Das ist vermutlich kaum zu vermeiden, aber mit einem aktiven Kern von Genoss:innen auch zu verkraften. Wir haben in dem halben Jahr BO-Arbeit gelernt, dass es wichtig ist, ein kontinuierliches Angebot zu schaffen und sich mit Vorhaben nicht zu übernehmen. Denn die meisten von uns haben schon ein volles Leben – Lohnarbeit, Familie und noch weitere Projekte. Außerdem lädt die Größe und Vielseitigkeit der Partei manchmal dazu ein, sich entweder mit Aufgaben zu überladen oder ganz vor jeder Verantwortung zurückzuschrecken, um Überforderung zu vermeiden. Diesem Dilemma versuchen wir zu entgehen, indem wir eine Basisgruppe anbieten, zu der jede:r immer eingeladen ist und in der man leicht mitarbeiten kann. Wir versuchen, durch unsere drei Arbeitsfelder Genoss:innen zur Mitarbeit zu motivieren, ohne durch eine Aufgabenflut ein Gefühl der Überforderung hervorzurufen. Auf diese Art hoffen wir, ein stabiler, solidarischer Anker der Organisation in diesen unruhigen Zeiten und der Partei zu sein, der das Soziale und Gemeinschaftsgefühl stärkt und uns Energie für kommende Aufgaben gibt.



Fotos: privat

Haushaltssperre, Wärmewende und Jahresende

Leonie Hain, Siegfried Schlegel, Lisa Umlauf Neues aus dem Stadtbezirksbeirat Süd

Am 12. November um 18:00 Uhr tagte der Stadtbezirksbeirat Süd im Haus der Demokratie. Aufgrund der Haushaltssperre im Sommer gab es in der Novembersitzung keine weiteren Projektanträge. Jedoch gab es stattdessen von der Seite der Verwaltung viel Interessantes.

So hat das Quartiersmanagement Löbnig eine Weiterfinanzierung bis Ende 2026 gesichert. Auch wurde die Wärmewende im

Pilotquartier Südvorstadt West genauer vorgestellt. Diese erfolgt im Zuge des integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzigs (INSEK) und soll die Straßennutzung attraktiver und klimagerechter gestalten sowie die Mobilitätswende vorantreiben. Neben den neuen Anschlüssen zur Fernwärme kommt eine Sanierung der Straßen und neue Straßenbäume. Parkflächen für Autos sollen stark reduziert werden durch Lade- und Lieferzonen am Tag, welche Parkmög-

lichkeiten für Anwohner*innen in der Nacht werden. Die entfallenden Stellplätze sollen durch Quartiersgaragen ausgeglichen werden. Wo diese jedoch hinkommen, ist noch offen. Außerdem soll schleichender Durchgangsverkehr verhindert werden.

Der nächste Termin des Stadtbezirksbeirats Süd ist am 10.12.25. Alle Termine sind öffentlich also kommt gerne vorbei!

Erste Reaktivierung einer Straßenbahnstrecke nach 17 Jahren!

Social-Media-Team Leipzig Süd Mehr Bus und Bahn von Eutritzsch bis Paunsdorf

Die Linie 14 hat die Farben gewechselt. Aus einem hellblau wurde ein solides rot. Das finden wir nicht nur parteipolitisch gut, sondern dies trägt zur spürbaren Angebotsverbesserung und auch für ein besseres Stadtklima bei.

Busse und Bahnen sind für Die Linke das Rückgrat des Stadtverkehrs. In einer Großstadt wie Leipzig gibt es dazu keine Alternative, wenn wir eine Mobilität wollen, die Teilhabe für alle ermöglicht und trotzdem die Lebensqualität und Umwelt stärkt.

Neben einer dichteren Taktung von Straßenbahnen und Bussen, braucht es endlich auch neue Verbindungen. Die Reaktivierung der Linie 14 Richtung Norden am 24.11.2025 setzt nicht nur starke Impulse für das Klinikum St. Georg, sondern bindet auch endlich die Wittenberger Straße wieder an das Tramnetz an!

Auch auf der Linie 79 gab es im November wesentliche Verbesserungen. Von nun an ist es möglich ohne Umstieg von Connewitz direkt zum Paunsdorf Center zu fahren. Ebenso wurde nun ein 10 Minuten Takt eingeführt. Die neue Linie stärkt also die Verbindung zwischen Connewitz, Löbnig, Marienbrunn, Probstheida, Stötteritz, Mölkau, Paunsdorf und Thekla.

Als Linke kämpfen wir seit Jahren für starke Angebote und Alternativen im ÖPNV-System. Nur so kann die Verkehrswende gelingen. Das es leider auch anders geht, zeigt die Stadt Dresden. Hier wird unter konservativer Führung das gesamte ÖPNV-Netz ausgedünnt und finanziell beschnitten. Ein großes Dankeschön daher an dieser Stelle an Stadt, Verwaltung, LVB und alle progressiven Akteure, die in Leipzig einen anderen Weg fahren...



Regelmäßige Termine im Süden

Die genauen Zeiten und Orte sind online abrufbar

Sitzung des Vorstands

Hier kommt einmal im Monat der Vorstand für den Leipziger Süden zusammen, um über alle anstehenden Dinge zu beraten. Von der Planung des Sommerfests bis zur Gesamtmitgliederversammlung. Hier laufen die Strippen im Süden zusammen. Das Treffen ist für alle offen.

BO Connewitz

Basisorganisation für aktive Mitglieder in Connewitz. Von Workshops mit unseren

Stadtpräsidentinnen im Süden bis hin zu Kneipenabenden und Filmvorführungen ist alles dabei.

BO Silbersee

Basisorganisation für aktive Mitglieder in Löbnig. Wir wollen hier als Partei wieder stärker werden und haben Löbnig als Fokusgebiet für unsere Arbeit bestimmt. Hier gibt es einiges zu tun. Schwerpunkt ist gegenwärtig die regelmäßige Küfa am Moritzhof.

BO Südvorstadt

Basisorganisation für aktive Mitglieder in der Südvorstadt. Thematisch ging es hier zuletzt um die Planung der Jugendfete im Frühjahr.

BO Marienbrunn und Löbnig

Basisorganisation für aktive Mitglieder in Marienbrunn und Löbnig. Zielgruppe sind hier eher ältere Genoss*innen. Das Format hier bietet immer Platz für Austausch und es kommen wechselnde Gäste zu Besuch.

Perspektiven aus dem Süden

Interview mit Jess

Was treibt dich täglich an politisch aktiv zu sein?

Wut. Vor allem über strukturelle Ungerechtigkeiten. Aber nur wütend zu sein, bringt nichts, man muss mit der Wut schon auch etwas machen. Deshalb habe ich vor zehn Jahren angefangen, mich in verschiedenen politischen Kontexten zu engagieren und tue es noch immer. Ohne Druck von unten gibt es keine soziale und erst recht keine sozialistische Politik. Außerdem schöpfe ich extrem viel Kraft daraus, Dinge mit meinen Genoss*innen zusammen zu machen. Veränderungen passieren nur, wenn Menschen sich zusammentun. Besonders viel Kraft gibt es mir auch, wenn ich sehe, dass mein Aktivismus Menschen direkt etwas bringt und sie evtl. sogar organisiert werden. Deshalb finde ich gerade die Kampagne gerade so toll.

Welche Wünsche hast du an eine lebendige Mitgliederpartei?

Ich wünsche mir eine Mitgliederpartei, in der Leute wirklich mitmachen können, statt nur Anweisungen zu verfolgen. Keine Kaderpartei, sondern eine Struktur, in der alle Genoss*innen die Möglichkeit haben, zu Kernaktiven zu werden, wenn sie das wollen. Dazu gehören viele Weiterbildungsangebote und gute, verbindende Treffen und Aktionen. Genoss*innenschaft ist unglaublich wichtig und entsteht nicht einfach so. Sie braucht Zeit, Räume und gemeinsame Erlebnisse. Außerdem wünsche ich mir, dass wir Dissens aushalten und sinnvoll diskutieren können, ohne dass daraus direkt ein aggressiver Disput wird. Unsere Gegner*innen sitzen nicht in unserer eigenen Partei.

Was war bisher dein Lieblingsevent oder schönster Moment in der Partei?

Die Entscheidung ist wirklich schwierig. Ich fand die Veranstaltung mit Heidi und Caren während des letzten Bundestagswahlkampfes richtig toll. Der Wahlkampf war extrem kräftezehrend, aber es gab immer

wieder Momente, die ich als verbindend und empowernd erlebt habe. Diese Veranstaltung war einer davon. Die Vielzahl an Genoss*innen, die an Vorbereitung und Durchführung mitgewirkt hat, war großartig. Und auch unser Team, das sich um die Öffentlichkeitsarbeit gekümmert hat, war mega. Wir hatten im Backstage extra einen Tisch mit Equipment zum Drehen und Schneiden aufgebaut und haben am gleichen Abend noch gemeinsam bis in die frühen Morgenstunden geschnitten. Das war richtig stark.

Gerade gibt mir die Mietenkampagne auch sehr viel. Es sind Genoss*innen aktiv geworden, die ich vorher noch gar nicht kannte. Gemeinsam in ein Gebiet wie Löbnig zu gehen, wo uns viele Menschen nicht gerade wohlgesonnen sind, und dort die Verhältnisse langsam, aber stetig zu drehen, ist ein riesiger Akt, der aber sehr viele schöne Momente birgt.

Du bist insbesondere im Leipziger Süden aktiv. Was müsste aus linker Perspektive hier passieren, damit bei der nächsten OBM-Wahl der Süden weiter stabile Ergebnisse einfährt?

Wir müssen im Leipziger Süden vor allem eines tun: raus aus unserer eigenen Blase. Wenn ich in meiner Straße in Connewitz an der Haustür klingel, bekomme ich wahrscheinlich einen Kaffee und eine Kippe angeboten. Das ist nett, aber das bringt uns politisch nicht weiter. Wir müssen dahin, wo es unbequem ist. Nach Marienbrunn, Dölitz-Dösen und vor allem nach Löbnig.

Wir nehmen gerade Löbnig in den Fokus, weil dort viele Menschen leben, die wir mit unseren Inhalten eigentlich erreichen müssten. Bislang haben wir das aber kaum getan. Im Bundestagswahlkampf haben wir gesagt: Alle reden, wir hören zu. Und genau das müssen wir machen. Richtig zuhören

und dann auch handeln, statt nur zu reden. Vertrauen gewinnen und zeigen, dass wir nicht nur im Wahlkampf auftauchen.

Deshalb müssen wir unsere Küfas und unsere Sozialsprechstunden weiter stärken. Wir müssen an die Haustüren gehen und zu den Menschen, statt darauf zu warten, dass sie zu uns kommen. Und wir müssen strategisch vorgehen. Ich bin ein großer Fan von Wahlanalysen. Das haben wir im Süden gemacht und daraus konkrete Ideen entwickelt, welche Narrative wir in Löbnig, in der Südvorstadt und in anderen Stadtteilen setzen wollen. Ein Punkt ist mir auch noch wichtig: Wir sind in den letzten Monaten zum Glück stark gewachsen. Das ist ein riesiges Potenzial, aber die Partei muss darauf auch reagieren und sich selbst verändern. Wir müssen offen bleiben und werden für neue Tools wie Zetkin, Telefonaktionen und Haustürgespräche. Und wir müssen unsere Mitglieder schulen, begleiten und aufbauen, wenn sie das wollen. Nur so können wir im Süden weiter stabile Ergebnisse holen und gleichzeitig neue Menschen für linke Politik gewinnen.



Fotos: privat

Offene Runde

Für alle, die Die Linke Leipzig-Süd vor Ort kennenlernen wollen, gibt es immer am 3. Mittwoch im Monat ab 19:00 Uhr im linXXnet die Offene Runde. Die Offene Runde ist ein regelmäßiger Treffpunkt für alle Mitglieder unserer Partei und Interessierte. Hier geht es ums Kennenlernen, den Austausch und spannende Diskussionen.

Mitgliedersprechstunde

Hier gibt es die Möglichkeit mit unserem

Vorsitzenden Thomas Leitner locker ins Gespräch zu kommen. Hier kann alles vertrauensvoll besprochen werden, was in der großen Runde vielleicht kein Platz findet.

AG Politische Bildung Süd

Die AG PoliBiS beschäftigt sich mit inhaltlichen Projekten im Süden. Sie hat zum Beispiel die Ausstellung „Alte Gefahr im neuen Gewand“ kuratiert, die sich mit dem Thema Faschismus und seinen aktuellen Erscheinungsformen auseinandersetzt.

Sie lädt dazu ein, historische Entwicklungen kritisch zu betrachten und Parallelen in der Gegenwart sichtbar zu machen. Als neues Projekt wurde eine Befragung zur anstehenden OBM-Wahl erstellt.

AG kreatives Arbeiten

Manchmal braucht es einen kreativen Raum, um gemeinsam Buttons oder Windräder zu basteln und gleichzeitig mit anderen Menschen in unserer Partei ins Gespräch zu kommen. Diese AG verbindet beides.

Der Palästina-Beschluss der Linksjugend

Carlos Quiñones Eine Verteidigung

Infolge des Bundeskongresses der Linksjugend, auf dem der Antrag „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“ mit fast 70% Fürstimmen angenommen wurde, trat Ex-Bundessprecher Henno Spieler aus und urteilte: „Die Linksjugend ist ... nicht mehr der größte sozialistische, sondern lediglich der größte antisemitische Jugendverband Deutschlands“ [1]. Ohne die Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus stünde Spieler vor dem Problem, dass die Linksjugend sich primär aus demjenigen Teil der Bevölkerung zusammensetzt, der nachweislich am wenigsten Antisemitismus aufweist: Menschen unter 35, politisch links und primär akademisch [2].

Alternativ könnte man behaupten, dass viele Delegierte den antisemitischen Inhalt übersehen hätten, was aber wenig überzeugend ist. Oder man könnte den Befürworter:innen des Antrags vorwerfen, den Beschluss erzwungen zu haben. Letzteres ist die aktuell bevorzugte Taktik. Doch wie will man erklären, dass gerade diejenigen, die keinen guten Draht zur Presse und zur Parteispitze haben und bis zum Kongress in der Opposition waren, so viele Delegierte zwingen konnten, gegen den Willen derjenigen zu handeln, die sich auf die Unterstützung der Presse und der Parteispitze verlassen konnten? Es bleibt die Möglichkeit, dass eine Verbandsminderheit gemeinsam mit der Presse und Teilen der Linken hierzulande ein Zerrbild des Beschlusses und des Bundeskongresses erschaffen hat. Das zeigt ein Blick auf die Behauptungen über den Beschluss, die mit dem Inhalt desselben wenig zu tun haben.

Stephan Grigat schreibt über den Beschluss: „Die Erklärung klingt, als hätte sie ein Propagandist der PFLP verfasst.“ [3,4]. Punkt 3 des Beschlusses lautet: „Wir haben versagt, ... die Legitimität der Forderungen von Palästinenser:innen und ihren Partner:innen nach vollständiger individueller und nationaler Gleichberechtigung und nach einem uneingeschränkten Rückkehrrecht anzuerkennen.“ Ich kenne keine Stelle, in der die PFLP nationale Gleichberechtigung fordert, weil die PFLP meines Wissens nach jüdische Israelis nicht als Nation definiert. Damit wäre die Forderung nach nationaler Gleichberechtigung unsinnig. Tatsächlich stammt die exakte Forderung, wie überhaupt die strategische Perspektive unseres Beschlusses, von Moshé Machover — dem bekanntesten noch lebenden Gründungsmitglied der antizionistischen israelischen Organisation Matzpen [5]. Besonders an der Matzpen-Tradition ist, dass sie anerkennt, dass jüdische Israelis mittlerweile eine eigene Nation ausmachen, deren nationalen Rechte zu berücksichtigen sind. Wenn wir

anderer Meinung wären, warum von nationaler Gleichberechtigung sprechen?

Ja, wir sprechen vom „kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts, der sich von seinen Anfängen bis heute in der Eroberung neuer Gebiete und in der Vertreibung ihrer Einwohner:innen ausdrückt“. Die Parteivorsitzenden erwidern: „Die Kritik der aktuellen israelischen Regierungspolitik ist absolut notwendig. Sie darf jedoch niemals den Schutz jüdischen Lebens infrage stellen oder die Existenz Israels delegitimieren“. Wenn die Antwort der Parteivorsitzenden auf unsere Forderung nach Gleichberechtigung darin besteht, uns die Infragestellung des Schutzes jüdischen Lebens vorzuwerfen, dann kann das nur heißen, dass der Schutz jüdischen Lebens ein System ungleicher Rechte erforderlich macht, bzw. dass der israelische Staat im Sinne des Schutzes jüdischen Lebens seinen kolonialen und rassistischen Charakter nicht gänzlich aufgeben darf. Wenn aber koloniale und rassistische Entrechtung teilweise legitim ist, ist es an sich auch keine Delegitimation, Israel als kolonial und rassistisch zu bezeichnen. Allenfalls könnten die Parteivorsitzenden uns vorwerfen, Kolonialismus und Rassismus nicht für legitime Mittel zu halten, um jüdisches Leben zu schützen, obwohl sie hierfür doch erforderlich seien. Da wir aber vollständige individuelle und nationale Gleichberechtigung fordern, also diese Ansicht ablehnen, ist der Vorwurf unsinnig, wir würden mit unserer Forderung nach Gleichberechtigung das Recht auf Schutz einer Seite infrage stellen.

Benjamin-Immanuel Hof, ehemaliger Staatssekretär und Antisemitismusbeauftragter in Thüringen, schreibt in einer Kritik an Raul Zelik im neuen deutschland: „Die Linksjugend ... konstruiert eine imaginierte ‚revolutionäre Bewegung‘, ohne die faktische Schwäche einer linken palästinensischen Opposition zu benennen“. Er schreibt weiter: „Wo historische und ideologische Unterschiede verwischt werden, wird die islamistische Hamas zum Teil einer vermeintlich progressiven Bewegung“ [6]. Davor hatte Zelik in einem der Linksjugend wohlgesonnenen Beitrag gemeint, wir hätten behauptet „eine Befreiung Palästinas“ werde dazu beitragen, „Kapitalismus und Imperialismus aus der Region zu werfen“ [7]. Was sagt unser Beschluss wirklich?

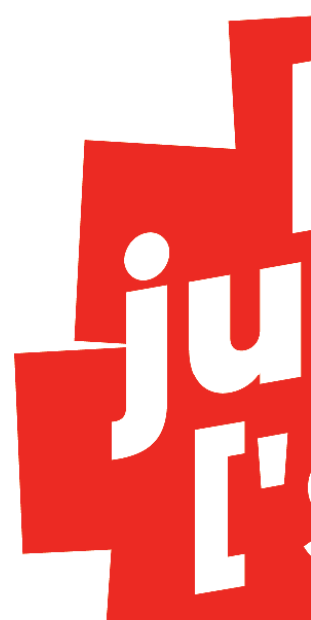
„Ebenso muss auch die Befreiung Palästinas als Teil einer breiteren demokratischen und sozialistischen Revolution betrachtet werden, die den Imperialismus und Kapitalismus aus der Region herauswirft und wirkliche Gleichberechtigung und Selbstbestimmung schafft. Es ist unsere Aufgabe als

Sozialist:innen in Deutschland, die revolutionären demokratischen und sozialistischen Bewegungen in der Region zu unterstützen und den deutschen Staat daran zu hindern, die Revolution mithilfe seiner Verbündeten in der Region niederzuwerfen und demokratische und sozialistische Ansätze zu unterdrücken.“

Wer da die Hamas reinliest, will da die Hamas reinlesen. Die anderen werden wahrscheinlich an die vielen Massenproteste denken, die in Marokko, im Iran, im Sudan, in Ägypten usw. despotische Regierungen erschüttert haben. In diese Bewegungen setzen wir unsere Hoffnung. Darum sagt der Beschluss auch nicht, wie Zelik behauptet, dass die Befreiung Palästinas zu Demokratie und Sozialismus führen wird, sondern, dass die Befreiung Palästinas zusammengedacht werden muss mit dem Kampf für Demokratie und Sozialismus in der ganzen Region. Eine auf nationalstaatliche „Lösungen“ beschränkte Sicht („Einstaatenlösung“, „Zweistaatenlösung“) lehnen wir mit unserem Beschluss gerade ab.

Quellen:

- [1] <https://gleft.de/6q0>
- [2] <https://gleft.de/6qP>
- [3] <https://gleft.de/6qQ>
- [4] PFLP: Popular Front for the Liberation of Palestine, dt: Volksfront zur Befreiung Palästinas.
- [5] Siehe etwa den Vortrag „One-state, two-state illusions“ von Moshé Machover, den ich 2024 ins Deutsche übersetzt habe: <https://gleft.de/6qR>
- [6] <https://gleft.de/6qS>
- [7] <https://gleft.de/6qT>



Für eine Debatte die eint statt spaltet

Till Neumann (Delegierter zum Bundeskongress) Für eine humanistische Lösung in Israel und Palästina

Ich und eine fast einstimmige Mehrheit der sächsischen Delegierten zum XVIII. Bundeskongress der Linksjugend erheben im Konkreten vier Kritikpunkte an auf dem Bundeskongress beschlossenen Antrag A12 „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“. Zunächst allerdings muss festgehalten werden, dass wir das Grundanliegen teilen.

Es ist wichtig, dass auch die Linksjugend ihre Positionen immer wieder kritisch reflektiert, besonders in Bezug auf die Verurteilung der Kriegsverbrechen, die in den letzten Jahren durch die Netanjahu-Regierung begangen wurden. Diese Zustimmung zu dem Anliegen des Antrags hat sich bereits in unserer Delegationsvorbereitung herausgestellt.

Wie bereits im Statement des Landesverbandes der Linksjugend Sachsen vom 5.11.2025 auf Instagram erwähnt, hätten wir eine solche kritische Reflexion sowie die konkrete Verurteilung der israelischen Kriegsverbrechen und die genozidalen Pläne der israelischen Regierung, eingebettet in einen historischen und geopolitischen Kontext, für eine sinnvolle Ergänzung der Beschlusslage auf Bundes- und Landesebene empfunden. Diese Einbettung fehlte, sodass der Antrag eine sehr einseitige Perspektive einnimmt.

Er verurteilt zurecht die Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen der israelischen Regierung, kann sich allerdings nicht dazu durchringen, auch die Angriffe der Hamas auf israelische Zivilist:innen zu verurteilen, um das humanitäre Leid ALLER Zivilist:innen in der Region in den Blick zu nehmen. Hier

hätten wir uns eine universell humanistische Perspektive gewünscht, dies wäre jedoch auch für uns kein Totschlagargument gewesen, dem Antrag nicht zuzustimmen, da auch eine Fokussierung auf die palästinensische Zivilbevölkerung durchaus richtig ist.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der folgende Passus: „Es ist unsere Aufgabe als Sozialist:innen in Deutschland, die revolutionären Bewegungen in der Region zu unterstützen und den deutschen Staat daran zu hindern, die Revolution mithilfe seiner Verbündeten in der Region niederzuwerfen und demokratische und sozialistische Ansätze zu unterdrücken.“ Ohne den Antragssteller:innen Hintergedanken unterstellen zu wollen, kann man nur schwer bestreiten, dass hier eine Interpretation hin zu einer Unterstützung bzw. Verklärung der Verbrechen der Hamas als „revolutionäre Handlungen“ möglich ist. Ich glaube keinesfalls, dass eine:r der Antragssteller:innen diese Lesart beabsichtigt hat oder indizieren wollte, deswegen haben wir uns hier Klarheit gewünscht, was jedoch auch in den Verhandlungsversuchen rund um einen von der Thüringer Delegation eingebrachten Ersetzungsantrag wenig bis keine Beachtung fand.

Besondere Kritik unsererseits richtete sich allerdings gegen die Formulierung, welche Israel als „koloniales und rassistisches Staatsprojekt“ beschreibt. Wir halten diese Beschreibung für stark verkürzt. Zunächst muss festgestellt werden, dass in quasi allen kapitalistischen Staaten koloniale und postkoloniale Tendenzen in der Erschließung

neuer Ressourcen, egal ob durch tatsächliche Gebietseroberungen oder andere Formen der, wie bei Rosa Luxemburg beschrieben, „Landnahme“, festzustellen sind. Ebenso weisen quasi alle Staaten der sog. „westlichen Welt“ einen systemischen Rassismus auf. Das in Bezug auf Israel als exklusive Merkmale zu konstatieren, halten wir für falsch. Außerdem empfinden wir den Passus als pauschalisierend gegenüber dem israelischen Staat und seinen Staatsbürger:innen. Es ist richtig, die rechtsextreme bis faschistische Netanjahu-Regierung zu verurteilen, diese Pauschalisierung in dem Abschnitt wird jedoch der vielfältigen israelischen Zivilbevölkerung nicht gerecht. Er berücksichtigt weder die innerisraelische Opposition, die sich entschieden gegen Netanjahu stellt und für ein friedliches Zusammenleben in der Region und die Gleichberechtigung von Israelis und Palästinenser:innen einsteht, noch arabische Israelis und Israelis anderer Religionen wie Muslime und Muslimas, Christ:innen oder Drus:innen.

Was in diesem Abschnitt ebenso vollkommen außer Acht gelassen wird, ist die Historie hinter der Staatsgründung Israels. So werden die jahrtausendealte Tradition jüdischen Lebens in der Region sowie die Gründung Israels als direkte Reaktion auf den weltweiten Antisemitismus, der in der Shoah seinen schrecklichen Höhepunkt fand, nicht berücksichtigt. Diese undifferenzierte Analyse war unsererseits der ausschlaggebende Punkt, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Was ebenso berücksichtigt werden muss, ist die Art und Weise, wie der Antrag in den Bundeskongress eingebracht wurde. Unsererseits schien es so, als gäbe es wenig Bereitschaft, solidarisch über den Antrag zu beraten. Das zeigte sich schon zu Beginn des Bundeskongresses, als die mögliche Debattenphase in kleinen Gruppen, die genau für diesen Zweck geplant war, von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Wir haben den Ersetzungsantrag der Thüringer Delegation sehr begrüßt. Hier wurden unsere Bedenken am Ursprungsantrag eingearbeitet, ohne das Anliegen des Antrags zu unterminieren. Doch auf sachliche Gespräche und Verhandlungsversuche gingen die Antragssteller:innen nicht ein.

Zukünftig wünschen wir uns dahingehend ein geregelteres Verfahren, das eine ausführliche kritische Diskussion, außerhalb der kurzen Beratung im Tagungssaal, ermöglicht.

**links
jugend
solid!**

Die Linke hat sich in letzter Zeit sehr verändert

Jonas Thiel Zwei Dinge bleiben aber beim Alten: Der Jugendverband ist weiterhin chaotisch und dysfunktional und die Partei hat weiterhin ein Palästina-Problem

Vor einigen Wochen hielt die Linksjugend in Berlin ihren 18. Bundeskongress ab und hat damit mehr Aufsehen erregt als üblich. Besonders der Antrag »Nie Wieder zu einem Völkermord schweigen« — einer der wenigen inhaltlichen Anträge, die überhaupt zur Behandlung kamen — stand dabei im Zentrum der Diskussionen. Auch über den menschlichen Umgang unter den Delegierten, der gelinde gesagt einiges zu wünschen übrig ließ, wurde viel gesprochen. Auch wenn Presseberichte das Problem eher übertrieben dargestellt haben.

Ich war auf den meisten Bundeskongressen der letzten Jahre Delegierter und auch dieses Mal als Teil der Tagungsleitung dabei. Was sich im Vergleich zu vergangenen Bundeskongressen wirklich geändert hat, ist in erster Linie, dass Die Linke (und damit auch ihr Jugendverband) inzwischen wieder eine relevante Rolle in der Deutschen Politik spielt. So erklärt sich in erster Linie die verstärkte Medienaufmerksamkeit. Denn kontroverse Beschlüsse fasst die Linksjugend nicht erst seit diesem Jahr. Auch wenn die Stimmung auf diesem BuKo in der Wahrnehmung vieler noch schlechter war als sonst: Dass die Linksjugend eine Verbandskultur pflegt, die solche Großveranstaltungen zu einer emotionalen Zumutung macht, ist leider wirklich nichts neues.

Dass das jetzt öffentliche Aufmerksamkeit bekommt, sollte ein Weckruf sein, an dieser Verbandskultur etwas zu ändern. Eine Quelle von Konflikten ist, dass mit ablehnenswerten politischen Haltungen oft ähnlich umgegangen wird wie mit individuellem Fehlverhalten. Man ist im Grunde der Ansicht, die andere Seite in der Auseinandersetzung kann nicht länger überhaupt als Teil der Organisation toleriert werden. Aber so einem Anspruch kann keine Partei

und auch kein politischer Jugendverband gerecht werden. Auch eine Minderheit in der Organisation kann man nicht einfach ohne weiteres ausschließen. Und in der Praxis sind Abspaltungen und Purgas (polit. Säuberungen; Anm. d. Red.) extrem destruktive, schmutzige Prozesse.

Hinzu kommt, dass bestimmte Themen in der Linksjugend primär entlang von Betroffenenlogiken verhandelt werden. Aber spätestens wenn dann inhaltliche Differenzen zwischen betroffenen Personen selbst auftreten — zum Beispiel auf dem FLINTA*-Plenum — hat man einfach kein Werkzeug mehr in seinem Werkzeugkasten, um zu klären, welche Position letztendlich die richtige ist. Und so kommt es dann schnell zu persönlichen Angriffen und unsolidarischem Verhalten.

Dass die Geschäftsordnung des Bundeskongresses es bisher erlaubt, das Verfahren mit GO-Anträgen, persönlichen Erklärungen etc. so dermaßen zu stören, dass nur ein Bruchteil der Tagesordnung tatsächlich behandelt werden kann, sorgt dann dafür, dass viele frustriert und mit einem schlechten Gefühl nach Hause fahren.

In der öffentlichen Diskussion nach dem Bundeskongress wurden die Probleme mit dem persönlichen Umgang und der angespannten Stimmung im Saal, an denen es sehr legitime Kritik gibt, aber stark mit der inhaltlichen Debatte um den kontroversen Beschluss des Kongresses vermischt. Diese zwei Fragen sollten aber separat betrachtet werden.

Nach dem Bundeskongress wurde der Linksjugend mehrmals vorgeworfen, sie würde aus dem Parteikonsens ausbrechen und sich gegen ihre Beschlusslage posi-

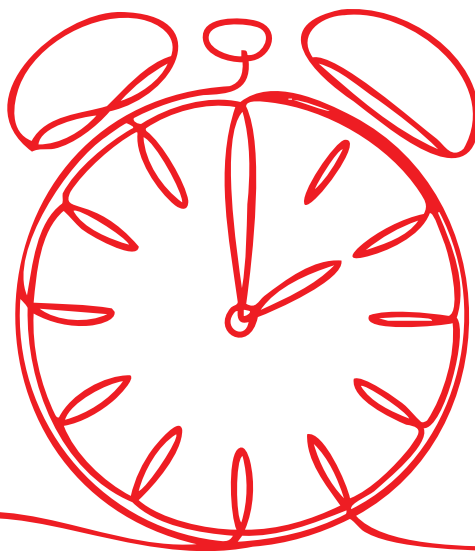
tionieren. Sieht man sich den viel diskutierten Beschluss A12 einmal an, ist diese Kritik mehr als verwirrend. Der Beschluss ist nämlich explizit als Selbstkritik und als Aufforderung an die Partei formuliert, auch ihre Position zu ändern.

Die kontroverseste Stelle im Beschluss spricht von einem kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts. Dass gerade diese Formulierung, die bei den internationalen Genoss*innen kaum Aufsehen erregt hätte, in der deutschen Linken immer noch als Eklat gilt, spricht Bände.

Mit dieser Formulierung verschreibt sich die Linksjugend letztendlich einfach einer korrekten Darstellung der Geschichte des Israel-Palästina-Konflikts. Wie palästinensische Historiker*innen wie Rashid Khalidi seit langem argumentieren, ist es schlichtweg der Fall, dass die Etablierung eines jüdischen Staates in Palästina — einem Gebiet, in dem bereits Menschen lebten — ein koloniales Unterfangen war. Sie setzte die anhaltende Verletzung der Selbstbestimmungsrechte der palästinensischen Bevölkerung voraus und ging mit ihrer systematischen Vertreibung einher.

Es ist eine gefährliche Fiktion, das, was wir heute in Gaza und im Westjordanland sehen, nur auf eine bestimmte Regierung in Tel Aviv zurückzuführen. Die Linksjugend hat diese falsche Analyse jetzt abgelegt und sich dem Kampf um gleiche Rechte für alle Menschen in Israel-Palästina verschrieben.

In einer sozialistischen Partei sollte das kein Skandal, sondern eine Selbstverständlichkeit sein.



Voices from Israel und Gaza

Jule Nagel Perspektiven für Frieden und Würde stärken

„**Between the lines**“ ist der Titel einer neuen Veranstaltungsreihe von linXXnet und Transformative Bildung und Kultur e.V., die sich Israel und Palästina widmet – und damit jenen Stimmen Raum geben will, die jenseits der festgefahrenen Fronten auf Solidarität, Humanität und politische Verantwortung bestehen. Zum Auftakt am 12. November 2025 im Werk 2 sprachen, moderiert von der Publizistin Laura Loew, zwei Aktivist*innen über ihre Sichtweisen und ihr Engagement: **Shay Dashevsky**, der vor seiner Auswanderung nach Deutschland in Israel politisch aktiv unter anderem gegen die Besatzung des Westjordanlandes, und **Hamza Howidy**, der 2023 aus Gaza floh, nachdem er dort wegen Protesten gegen die Hamas wiederholt inhaftiert worden war. Fast 300 Menschen folgten der Einladung.

Der Hamas-Anschlag vom 7. Oktober 2023, bei dem über 1.000 Menschen ermordet und Hunderte entführt wurden, und der darauffolgende Krieg Israels, der Zehntausenden das Leben und Hunderttausenden die Zukunft genommen hat – all das hat tiefe Spuren hinterlassen. Der aktuelle Waffenstillstand ist brüchig. Und während vor Ort weiter Gewalt herrscht, hat die Polarisierung der Debatte – besonders in Teilen der deutschen Linken – toxische Ausmaße angenommen. Einseitigkeiten und ideologische Reflexe dominieren, differenzierte Positionen werden marginalisiert. Genau hier setzte der Abend an: Zurück zur Sache, weg von Lagerlogiken und Identität

kämpfen, hin zu Positionen, die beide Gesellschaften sehen – und im Ringen um Frieden und Gerechtigkeit zusammen denken.

Dazu gehört eine eindeutige Abgrenzung von terroristischen Gruppen wie der Hamas, deren Handeln das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung immer weiter verschärft, ebenso wie eine klare Absage an Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, die sich häufig hinter vermeintlichem Antizionismus verstecken.

Aber es bedeutet genauso, den politischen und gesellschaftlichen Druck für ein Ende der Gewalt durch die israelische Regierung aufrechtzuerhalten, Solidarität mit den Menschen in Gaza und im Westjordanland zu zeigen und die fortgesetzte Besatzungs- und Siedlungspolitik unmissverständlich zurückzuweisen.

Hamza Howidy forderte ein Ende deutscher Waffenlieferungen an Israel sowie diplomatisches Engagement für eine Friedenslösung und einen demokratischen palästinensischen Staat. Mit Blick auf Teile der linken Mobilisierungen in Deutschland sagte er: „*Ich möchte diese Unterstützung, egal wer einen Palästinenser tötet.*“ Er kritisierte damit jene selektive Solidarität, die palästinensisches Leid nur dann skandalisiert, wenn Israel der Verursacher ist.

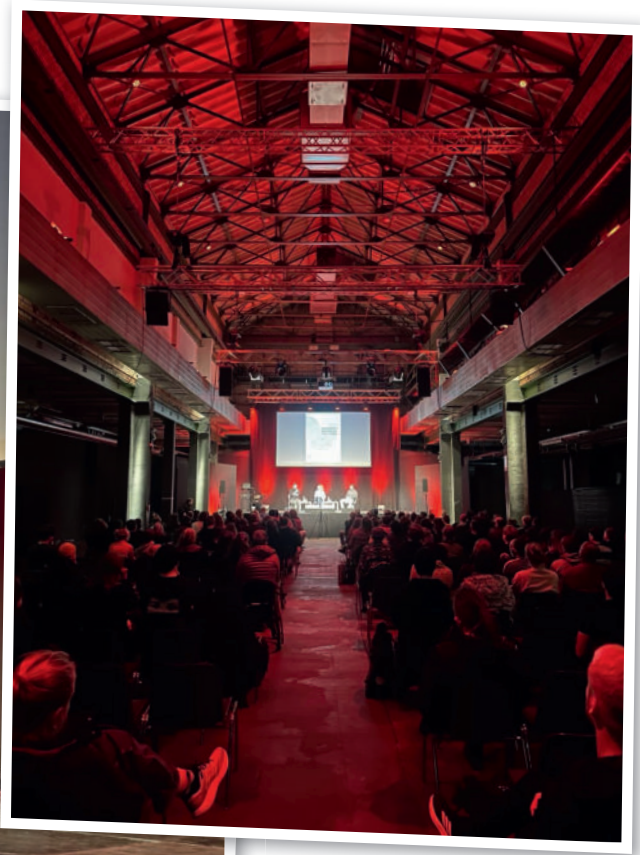
Shay Dashevsky bekräftigte diese Kritik. Während radikale Stimmen und antisemitische Bewegungen in Europa Zulauf erhielten, gingen moderate Friedensstimmen in einem Lärm aus Empörung und Vereinfachung unter.

Israel und Palästina dürfen nicht weiter als Projektionsflächen für Hass, Identitätspolitik und geopolitische Stellvertreterdebatten dienen – doch genau das ist weltweit zu beobachten.

Jüdinnen und Juden brauchen einen verlässlichen staatlichen Schutzraum. Die Palästinenser*innen brauchen ihn ebenso – in Form eines souveränen, demokratischen Staats, der ihnen ein Leben in Würde und Freiheit ermöglicht. Diese Kämpfe müssen gemeinsam gedacht und unterstützt werden.

Wir müssen lernen, Widersprüche auszuhalten, ohne der jeweils anderen Seite die Existenzberechtigung abzuspochen. Das klingt banal – doch genau dieser Geist, der den Abend im Werk 2 prägte, ist es, der in der aktuellen Debatte seit Monaten schmerzlich fehlt.

Fotos: privat



Debatte: Olympia 2040 in Leipzig?

Jens für das linXXnet Und wie verhalten wir Linke uns dazu?

Am 21.11. diskutierte Heiko Rosenthal, Bürgermeister für Sport, Ordnung und Umwelt (Die Linke) gemeinsam mit Heike Sudmann, Fraktionsvorsitzende der Linken in der Hamburger Bürgerschaft, und Kristian Ronneburg, Sprecher für Sport in der Fraktion der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus, über die Olympiapläne der Städte und des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Eingeladen hatten die Linke Leipzig, linksjugend und das linXXnet, es moderierte unsere Stadtvorsitzende Nina Treu.

Ende 2026 will sich der DOSB für eine nationale Kandidatin entscheiden, um die Olympischen Spiele 2036, wahrscheinlicher aber 2040 oder gar '44, nach Deutschland zu holen. Was bedeutet das für Leipzig, wie ist der Stand der Bewerbungen? Nun kann es natürlich keine linke Position sein, sich unkritisch positiv auf das IOC und die Olympischen Spiele der Neuzeit zu beziehen. Aber eine ausgewogene Debatte in der Leipziger Linken kann und sollte natürlich trotzdem diverse Perspektiven integrieren.

Heiko Rosenthal stellte zu Beginn das Konzept für Olympia in Leipzig vor. Es geht um maximal 30% der Spiele als Teil der "Berlin-Plus"-Bewerbung, für die der Stadtrat einstimmig votierte. Große Chancen sieht Rosenthal v.a. für die Kanuwettbewerbe in Markkleeberg, das Fechten am Bundestützpunkt Leipzig, sowie Fuß- und Handballspiele in Arena und Stadion. Die Wohnorte für die Sportler*innen sollen einen hohen Anteil an sozialem Wohnungsbau integrieren und die gesamte Infrastruktur der ganzen Bevölkerung zu Gute kommen; riesige Infrastrukturmaßnahmen, wie anlässlich der 2012er Olympiabewerbung Leipzigs, als u.a. der Citytunnel entstand, kämen diesmal nicht auf die Stadt zu. Rosenthal sieht auch die Notwendigkeit eines Neustarts für die Sportstadt Leipzig und eine Lösung dafür in der Beteiligung an der Olympiabewerbung Berlins. Die Finanzierung dafür soll aus Sicht der Stadt Leipzig zu 90 Prozent durch Land und Bund erfolgen.

Kristian Ronneburg erläuterte die Perspektive der Berliner Linken, die die Bewerbung Berlins ablehnt, aufgrund der finanziellen Belastungen für die Stadt, und den erwartbaren sozialen Folgen. Er begann mit einer Kritik am laufenden Bewerbungsprozess: Er bemängelte die fehlende Konzeptklarheit des DOSB und die Konkurrenzsituation zwischen den Städten. Berlin etwa habe sein „Berlin-Plus-Konzept“ nur halbherzig vorgelegt, ohne den Hauptstadtbonus und die Transformationskraft Berlins ausreichend zu betonen. Beteiligung müsse von unten kommen – Volksentscheide von oben seien für die Linke nicht akzeptabel.

Die Diskussion drehte sich um die Investitionen und Infrastruktur. Ronneburg warnte vor der Gefahr, dass Olympia die städtische Investitionsstrategie dominiert und andere wichtige Projekte verdrängt. Heike Sudmann ergänzte, dass auch bei Hamburg und München massive Mittel in Sportinfrastruktur fließen würden, teilweise unabhängig von den Olympischen Spielen. Besonders wichtig sei, die Sportförderung für Kinder und Jugendliche jetzt langfristig auszubauen, nicht nur für den Moment der Spiele.

Immer wieder ging die Diskussion in Richtung des Breitensports. Heike Sudmann eröffnete ihr Statement mit der Position: "Wir sind 100 Prozent pro Sport, aber wir sind gegen Olympia." Auch aus Sicht der Hamburger Linken sind die ökonomischen und sozialen Belastungen für die Stadt nicht tragbar, während die großen Versprechungen positiver Effekte im Breitensport sowieso, ganz akut und unabhängig von Olympia, umgesetzt werden müssten. In Hamburg steht ein Volksentscheid an; schon einmal, im Jahr 2015, beendete ein Bürgerschaftsreferendum eine Hamburger Olympiabewerbung. Zum Zustand des Breitensports gehören auch die Vereine und deren Sportanlagen, die aktuell an ihre Grenzen stoßen: marode Anlagen, fehlende Trainer*innen, überlastete Gruppen, hohe Eigenkosten. Auch die Qualifizierung von Übungsleiter*innen und

die Stärkung des Ehrenamts wurden als zentral für eine nachhaltige Sportförderung betont.

Ein weiterer Schwerpunkt war die ostdeutsche Perspektive. Kilian, Mitglied des Stadtvorstands im Publikum, und Heiko Rosenthal wiesen darauf hin, dass Städte wie Rostock oder Leipzig bisher außen vor blieben. Leipzig sieht sich als Repräsentantin der friedlichen Revolution und möchte die 50 Jahre Deutsche Einheit in die Bewerbung einbringen. Es gab Einigkeit, dass die olympischen Spiele wegen der Nazi-Spiele 1936 keinesfalls 2036 nach Deutschland kommen sollten, aber auch, dass Spiele 2040 keinesfalls nur in Westdeutschland stattfinden sollten.

Die Diskussion thematisierte auch die intransparente Entscheidungsstruktur und die Blackbox-ähnlichen Prozesse beim DOSB. Auch die rechtsstaatlich fragwürdigen Einschränkungen demokratischer Rechte während Olympia für Sportler*innen, aber auch um die Wettkampfstätten in der sogenannten Bannmeile herum, die Sicherheitskonzepte und -maßnahmen und deren Kosten bedürfen linker Kritik. Nun bleibt die ökonomische Perspektive: Die Gewinne landen fast ausschließlich beim IOC, während die öffentliche Hand, Staat, Kommunen und Länder, auf den Kosten sitzen bleiben, und auch Athletinnen wenig davon profitierten.

Die Veranstaltung soll ein Debattenaufakt sein, die Linke in Leipzig sollte die nun weiter führen, und sich zumindest dafür einsetzen, dass Beteiligung, Breitensport und Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen und die Bewerbung nicht nur ein Prestigeprojekt für Wenige bleibt.

Die Veranstaltung als Video zum Nachschauen bei der I-iz (Thomas Köhler):

<https://gleft.de/6qX>

oder zum Nachhören „Mitschnitt: Debatte zur Olympiabewerbung von Leipzig mit Berlin“ auf www.linxxnet.de



Fotos: privat

Streitschrift: Cis-Männer in feministischen Räumen?

Leonie Hain Über den Ausschluss von cis-Männern aus feministischen Gruppen

Wieder einmal kommt in unserer feministischen Gruppe die Frage auf, ob wir grundsätzlich cis-Männern die Mitarbeit verweigern wollen. Cis-Männer, also Männer, denen das männliche Geschlecht bei Geburt zugewiesen wurde und die sich mit diesem auch identifizieren. Dieser Ausschluss ist nicht so selten wie man denkt. So ist jede FLINTA* Party ein Ausschluss von cis-Männern. Jede Toilette mit einem sonst wie gearteten Symbol für das weibliche Geschlecht. Wieso also nicht auch eine Gruppierung, die sich politisch engagiert?

So haben doch mehr FLINTA* Personen schon einmal schlechte, übergreifende Erfahrungen mit cis-Männern gemacht. Sei es an der Haltestelle, auf einem Konzert, auf der Arbeit oder im eigenen Zuhause. Die Folge? Unwohlsein. Cis-Männer sind in unserer Gesellschaft und in den meisten Köpfen immer noch der Status quo. Sie sind die Personengruppe, die am wenigsten gezwungen ist, sich mit ihrer Rolle auseinanderzusetzen. Privilegien sind gemütlich, übergreifendes Verhalten im patriarchalen Erbe. Die Sozialisierung begünstigt Machogehabe und bestraft Einfühlsamkeit. Wie also soll ein produktives Miteinander in einer politischen Gruppierung, die für Gleichberechtigung kämpft, möglich sein?

Die AG Lisa – die Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft gegen patriarchale Strukturen. Ja, aber wo sind da die Frauen? Die FLINTAs*? Eine gute Frage, denn schließt es sich aus, ein cis-Mann zu sein und gegen patriarchale Strukturen zu kämpfen? Schreiben wir uns denn nicht Intersektionalität auf die Fahne? Eben auch, aber nicht nur für die weißen cis-Frauen zu kämpfen? Natürlich tun wir das. Die Gleichstellung der Geschlechter und das Aufbrechen patriarchaler Strukturen muss für alle von allen kommen.

Feminismus geht jeden etwas an. Ein Ausschluss von cis-Männern sorgt dafür, dass ihnen diese spezifische Möglichkeit genommen wird, sich für die Bewegung zu engagieren. Gut, könnte man sagen, niemand hält sie auf, sich woanders zu engagieren. Aber dieses Denken ist fatal. Die AG Lisa ist im Stadtverband die einzige parteiiche Struktur, um sich für Gleichstellung einzusetzen. Ein Ausschluss käme der Aussage gleich, dass Feminismus nur FLINTA* Sache ist. Cis-Männer bitte draußen bleiben. Über die Sinnhaftigkeit einer parallelen AG, die ausschließlich aus cis-Männern besteht, möchte ich hier gar nicht nachdenken.

Aber ist es denn nicht trotzdem ein legitimer Einwand, dass cis-Männer ein Unwohlsein in der Gruppe verursachen könnten? Natürlich, und das möchte ich gar nicht kleinreden. Aber hier muss eine Abwägung getroffen werden. Die AG Lisa ist eine nach außen wirkende, politische Gruppe. Hier besteht ein Unterschied zu einem safe space, der dazu da ist, sich zu erholen und keinem triggernden Verhalten zu begegnen. Eine effektive Außenwirkung bringt eine Konfrontationsbereitschaft mit sich. In dieser kann es natürlich dazu kommen, dass wir belehren, aber auch, dass wir offen sind, belehrt zu werden. Und das ist nicht immer gemütlich.

Ich spreche mich hier nicht gegen ein safe space aus. Ich bin aber der Überzeugung, dass diese zumindest ein anderes Format benötigt. Und die AG Lisa in dieses Format umzuwandeln, würde entweder unsere Außenwirkung beschränken und/oder cis-Männern den politischen Raum in unserer Partei für das feministische Engagement nehmen. Denn privat und politisch ist zu trennen.

Denn wir wollen cis-Männern nicht die Möglichkeit der Selbstreflexion absprechen. Diese wird zwar durch ihre Sozialisierung untergraben, aber eine Generalisierung, dass es für Männer keinen Platz in der feministischen Bewegung gibt... das ist ein Im-Stich-Lassen der cis-Männer. Und gibt es nicht von jeder Geschlechtsidentität Personen, die das patriarchale Bild replizieren und fördern?

Die Verantwortlichkeit für die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter und gegen patriarchale Strukturen zu kämpfen, besteht unabhängig vom eigenen Geschlecht.

Schließlich sind cis-Männer auch diejenigen, welche die Ideen in die Räume von cis-Männern tragen. Dies sind Räume, die FLINTA* Personen niemals alleine erreichen werden. Und wir sind uns alle einig, dass es auch cis-Männern durch die Befreiung von patriarchalen Strukturen langfristig besser geht. So gibt es mit Einbezug von cis-Männern im feministischen Kampf nicht ein Gegeneinander, was entsteht, sondern ein Miteinander.



Linke im Betrieb. Kämpferisch und straßentauglich

Stefan Nagel Der Beginn des Jahres 2026 steht im Zeichen der Kämpfe von Kolleg*innen in ihren Tarifrunden, Betrieben und Gewerkschaften. In der Tarifrunde der Länder (TVL) kämpfen die Kolleg*innen um 7%, mindestens aber 300€ mehr Lohn, mit einer Laufzeit von 12 Monaten. Eine Forderung deutlich über der aktuellen Teuerungsrate, die aber notwendig sei, um die 600.000 nicht besetzten Stellen im öffentlichen Dienst der Länder besetzen und die unglaubliche Menge an Überstunden der Beschäftigten, senken zu können, so ver.di Vorsitzender Frank Wernecke. In der Tarifrunde des kommunalen Nahverkehrs (TVN) kämpfen die Kolleg*innen für Entlastungen wie zum Beispiel mehr Urlaubstage, Verlängerung der Ruhezeiten oder höhere Schichtzuschläge. An den Universitäten geht der Kampf um den Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) in die zweite Runde. Wir Linke sind gefragt, die Kolleg*innen an ihren Streikposten zu unterstützen und für Solidarität bei den Leipziger*innen für eventuelle Warnstreiks im öffentlichen Dienst zu werben.

Diese Tarifrunden stehen auch im Zeichen des Widerstandes gegen eine immer härter in unsere öffentliche Daseinsvorsorge eingreifende Sparpolitik von Bund und Ländern. Wobei Sparpolitik der falsche Begriff ist. Die Bundesregierung hat sich dafür entschieden massiv in militärische Aufrüstung zu investieren und kürzt dafür bei unseren sozialen Sicherungssystemen und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Einige Zahlen verdeutlichen dies. Die Forderungen der Beschäftigten würden pro Jahr zusätzlich 12,6 Milliarden Euro kosten. Der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder Andreas Dressel (SPD) sagt „dies sei zu viel und nicht leistbar“.

Durch das Nato 5% Ziel werden wir zukünftig mindesten 120 Milliarden Euro pro Jahr mehr für Rüstung ausgeben, als bisher. Im öffentlichen Dienst sind 600.000 Stellen unbesetzt, was zu großer Mehrbelastung und sehr vielen Überstunden führt. Ein großer Personalaufbau in der Bundeswehr, wird aber ohne politische Diskussion vollzogen. Während die öffentliche Daseinsvorsorge unser Aller öffentliches Kapital darstellt, dient die massive Steigerung der Ausgaben für Aufrüstung u.a. der Umverteilung unseres öffentlichen Kapitals in wenige private Taschen der Rüstungsindustrie und ihrer Aktionäre.

Mit dem Doppelhaushalt 2025/26 des Freistaates Sachsen, wurden Kürzungen im öffentlichen Dienst des Landes von rund 600 Millionen Euro beschlossen. Im August 2026 soll der nächste Haushalt für die Jahre 2027/28 im sächsischen Landtag beschlos-

sen werden. Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass es noch weitaus größere Kürzungen in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge geben wird.

Die Kolleg*innen im öffentlichen Dienst sollen das ausbaden, indem ihnen weiter wachsende Belastungen am Arbeitsplatz zugemutet werden. Die Kolleg*innen gehen seit Corona an ihre Leistungsgrenze und darüber hinaus, um eine gute Qualität in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Immer mehr drohen unter dem stetig steigenden Druck zu zerbrechen. Immer mehr wechseln den Beruf. Die öffentliche Daseinsvorsorge blutet aus. Die Situation ist akut. Entlastung und höhere Löhne zwingend erforderlich.

Es gehört zur Wahrheit, dass unsere Fraktion im sächsischen Landtag, mit Ausnahme von Nam Duy Nguyen, für den Kürzungshaushalt 2025/26 gestimmt und somit einen Anteil daran hat, dass die Kolleg*innen unter immer größeren Druck geraten. Allerdings ist das Argument unserer Parlamentarier valide, dass ein Nothaushalt sehr viel schneller, sehr viel größere Probleme in Sachsen verursacht hätte. Es bleibt die Frage, wie oft wir uns als Linke noch von Regierungen dazu erpressen lassen werden, deren Politik mitzutragen, um noch schlimmeres zu verhindern? Ich hoffe nicht so lange, bis wir für die Menschen im Land nicht mehr von der SPD zu unterscheiden und somit überflüssig sind.

Wir brauchen eine gute belastbare und auf Vertrauen und Respekt basierende Zusammenarbeit zwischen der Parteibasis und unseren Fraktionen. Dazu brauchen wir aber auch eine gemeinsame Strategie. Damit diese entsteht, brauchen wir einen gemeinsamen Austausch über mögliche Strategien. Und hier haben wir noch sehr viel Potential. Wie soll die Parteibasis die Fraktion von der Straße und aus den Betrieben unterstützen, wenn die Fraktion diesen Austausch nicht genug fördert? Hat unsere Landtagsfraktion in den Auseinandersetzungen im Parlament, ohne unterstützenden Druck von der Straße und aus den Betrieben, wirklich eine bessere strategische Position? Ich denke nicht.

Die Tarifrunden sind eine gute Gelegenheit, um Druck auf die Landesregierung im Hinblick auf die nächsten Haushaltsrunde aufzubauen. Lasst uns diese Gelegenheit im Sinne der Kolleg*innen und Allen, die auf eine gut funktionierende Daseinsvorsorge angewiesen sind, nutzen.

Ab März finden die Orgawahlen der Gewerkschaften und die Betriebsratswahlen statt. Um darauf vorzubereiten, veranstaltet die Rosa Luxemburg Stiftung eine Konferenz

mit dem Titel "Linke im Betrieb. Kämpferisch und straßentauglich", in Leipzig. Wir, die Landesarbeitsgemeinschaften Betrieb & Gewerkschaft Sachsen und Thüringen, wollen die Konferenz nutzen, um Linke oder Sympathisant*innen, die in ihren Betrieben oder Gewerkschaften aktiv sind oder aktiv werden wollen zusammenbringen, um uns gemeinsam auf die Wahlen und die Arbeit in Gremien der Betriebe und Gewerkschaften vorzubereiten.

Dort wird es verschiedene Workshops u.a. zu folgenden Themen geben:

- Resilienz im Umgang mit Konflikten im Betrieb und rechten Narrative von Unten sowie neoliberale Narrative von Oben
- Linke Vernetzung in Gewerkschaften
- Rechtsruck in Betrieb und Gesellschaft
- Strukturreform der Linken – wie können wir betrieblich und gewerkschaftlich Aktive besser in die parlamentarische und politische Arbeit einbeziehen?
- Die Linke goes to organisierende Klassenpartei – wie und warum?
- Deindustrialisierung, Militarisierung, Mitbestimmung
- Gewerkschaft und Bewegung – gemeinsam Stark in Tarifrunden und betrieblichen Auseinandersetzungen. **Hier bekommt ihr auch alle aktuellen Infos zu den aktuellen Tarifrunden (TVL, TVN)**

Termin:

- **23.01.2026 ab 18 Uhr** – lockeres Beisammensein bei Speis und Trank (Selbstzahler) in der Frau Krause, Simildenstraße 8 in Leipzig
- **24.01.2026 09:30 Uhr bis 16:30 Uhr** Konferenz im OFT Völkerfreundschaft, Stuttgarter Allee 9 in Leipzig. Für Verpflegung wird vom wundervollen Küfa-Team aus unserem Stadtverband gesorgt. (Gerne gegen eine kleine Spende)

Hast du direkt Lust dabei zu sein? Melde dich gerne schon an bei:

stefan.nagel@dielinke-sachsen

Kommentar: Über linke Strategie und Reformpolitik und warum unsere Landtagsfraktion mit ihrem Ansatz scheitern muss!

Moritz Reichel „Eigentlich könnten wir in Sachsen eine deutschlandweit vorbildliche Form der demokratischen Zusammenarbeit pflegen, im stetigen Ringen um das bessere Argument. Dazu müssten CDU und SPD jedoch deren Chancen nutzen und uns frühzeitig einbeziehen, denn wir sind keine Lückenbüßer“ [1] meint unsere Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag Susanne Schaper in einer ihrer aktuellen Pressemitteilungen und kritisiert damit den „keineswegs wie geschmiert“ laufenden Konsultationsmechanismus zwischen Minderheitsregierung und der „verantwortungsvollen Opposition“.

In diesen beiden kurzen Sätzen offenbart sich einiges an Selbstbetrug, Kurzsichtigkeit und fehlender politischer Analysefähigkeit, sodass sie zu Widerspruch geradezu herausfordern. Denn wer glaubt, dass in dieser von Jahrzehnten des Neoliberalismus und der Austerität geprägten Demokratie das bessere Argument zählt, der wird andere politische Strategien zur Durchsetzung der eigenen Agenda wählen als eine Partei, der bewusst ist, dass die Interessen der herrschenden Klasse nicht mit besseren Argumenten zu erschüttern sind, sondern nur mit knallhartem Gegendruck.

Diese Gesellschaft und das Denken vieler Menschen sind geprägt von Illusionen über die Demokratie. Eine ihrer zentralen Illusionen ist, dass sich das bessere Argument durchsetzen würde oder überhaupt in irgendeiner Weise im parlamentarisch-demokratischen Schaulaufen zählt. Diese Vorstellung ist empirisch kaum haltbar. Nehmen wir beispielsweise die Themen Kinderarmut oder Bildungsgerechtigkeit: Selbst aus liberaler oder ökonomischer Standortperspektive lassen sich gute Gründe und Argumente für eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse ableiten. Trotz einer regen Lobbytätigkeit verschiedener Interessenverbände, hunderter wissenschaftlicher Abhandlungen und regelmäßiger Tagungen, bei denen alle verfügbaren guten Argumente immer und immer wieder vorgebracht wurden, sind über viele Jahre hinweg keinerlei statistisch feststellbare Verbesserungen zu verzeichnen.

Es reicht offenbar nicht, immer wieder die besseren Argumente vorzutragen. Die Aufgabe einer sozialistischen Partei wäre es in diesem Zusammenhang, die Illusionen politisch wenig gebildeter Menschen über diese Gesellschaft nicht weiter zu nähren, son-

dern im aufklärerischen Sinne den schönen Schein dieser Demokratie zu durchbrechen.

Eine wirkungsvolle linke Reformpolitik müsste sich der Herausforderung, dass in dieser Demokratie nicht die besseren Argumente, sondern nur Interessen und Macht zählen, illusionslos stellen. Anstatt also darauf zu setzen, die Regierenden mit den richtigen, besseren Argumenten überzeugen zu wollen, müsste sie auf Durchsetzungsfähigkeit setzen, Druck aufbauen, Massen organisieren, im richtigen Moment ansetzen, alle zur Verfügung stehenden Tricks und Erpressungspotenziale nutzen, strategisch und abgebrüht im Interesse der Vielen agieren. In dieser Klassengesellschaft, in der sich die Interessen verschiedener Klassen bei den meisten politischen Fragen diametral entgegenstehen, können gute Argumente nur die Begleitmusik sein, um möglichst viele Menschen zu überzeugen, um Druck auf die Regierenden aufzubauen.

Die hier Regierenden werden inhaltlich sicher nicht überzeugt werden. Ansonsten wären sie gar nicht in ihrer Position und könnten ihre Rolle als Vertreter der herrschenden Politik nicht ausfüllen.

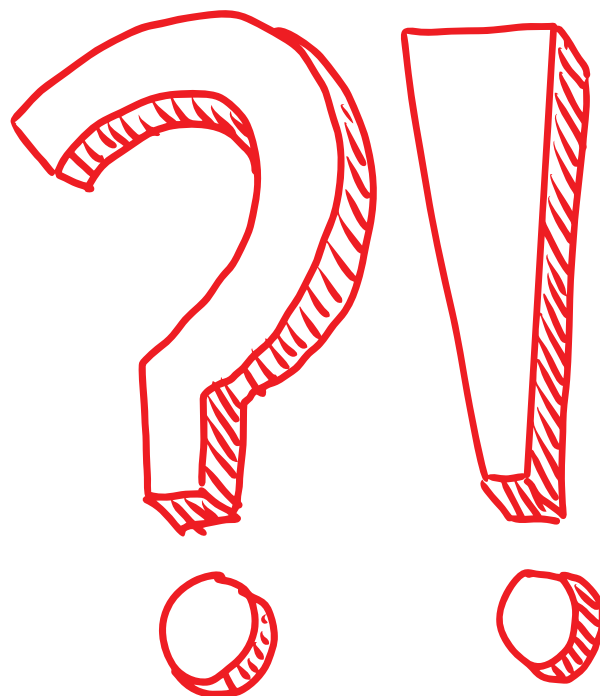
Selbstverständlich übernehmen Grüne und Linke derzeit die Rolle des Lückenbüßers für die „Weiter so“-Langzeitkoalition aus CDU und SPD im sächsischen Landtag. Wie sollte

es auch anders sein? Diese steckt schließlich in einem offensichtlichen Dilemma: Einerseits will oder muss sie ihre Spar- und Kürzungspolitik weiter vorantreiben. Andererseits benötigt sie Grüne und Linke als Mehrheitsbeschaffer und kann sie somit nie ganz vor den Kopf stoßen. Gleichzeitig sitzt ihr der eigene rechte Flügel im Nacken, der noch viel weniger Interesse an den besseren Argumenten der Linken hat.

Die Verantwortungsträger von CDU und SPD werden den Konsultationsmechanismus nicht als Chance, sondern als Belastung und Drahtseilakt sehen. Denn so müssen sie regelmäßig die verantwortungsvolle Opposition trickreich umgarnen und dürfen gleichzeitig ihre Wählerbasis nicht noch weiter verärgern. Dass der Konsultationsmechanismus aus Sicht derjenigen, die über ihn zumindest ein wenig an der politischen Macht partizipieren wollen, nicht reibungslos läuft, dürfte folgend kaum überraschen. Ein erster Schritt zu einer wirkungsvolleren Oppositionspolitik der Linken im sächsischen Landtag wäre es aber, die Illusionen über Demokratie und Konsultationsmechanismen hinter sich zu lassen.

Quellen:

[1] <https://gleft.de/6rl>



Zahlen und Fakten zur Armut in Leipzig

Dr. Volker Külöw Armut hat in Leipzig viele – oftmals sehr versteckte – Facetten. Da gibt es nicht wenige Kinder und Jugendliche, die von ernährungsbedingten Mangelerscheinungen oder sogar Hunger betroffen sind, deren Anzahl aber von der Verwaltung „mangels einer validen Datengrundlage nicht konkret beziffert werden“ kann. Was hingegen bekannt ist: inzwischen nutzen über 23.000 Menschen monatlich die Angebote der Leipziger Tafel; die Warteliste ist vierstellig.

In Leipzig gibt es seit kurzem über 1.000 obdachlose Menschen, von denen mancher auf der Straße verstirbt – „und das ist irgendwo normal“ beklagt Streetworker Tino Neufert im aktuellen Kreuzer die dramatische Lage. Das Thema Tod spielt auch an anderer Stelle eine Rolle: immer mehr ältere und pflegebedürftige Menschen gehen zu spät in ein Pflegeheim, weil sie sich vor dem Eigenanteil an den Pflegekosten fürchten oder sich schämen, einen entsprechenden Antrag beim Sozialamt zu stellen; infolgedessen verkürzt sich die Verweildauer in den Einrichtungen immer mehr; rund die Hälfte der Neuankömmlinge versterben im ersten Jahr. Ein nicht unerheblicher Nebeneffekt: die stationären Pflegekräfte können zu den

Bewohnerinnen und Bewohnern kaum noch eine Beziehung aufbauen – eine erhebliche mentale Belastung für die hier Beschäftigten.

Vor wenigen Monaten veröffentlichte der Paritätischen Gesamtverband eine Studie zur sozialen Lage von Menschen im Bürgergeld. Unter dem Titel „Bürgergeld im Realitätstest: Materielle Entbehrung und wachsende Armutslücke“ wird das erschreckende Ausmaß materieller Entbehrung deutlich: Fast jeder Fünfte hat kein zweites Paar Schuhe. Jeder Dritte kann sich keine vollwertige Mahlzeit jeden zweiten Tag leisten. Mehr als die Hälfte kann kaputte Möbel nicht ersetzen. Dies geschieht trotz Tafeln und Sozialkaufhäusern – und das alles, während die Bundesregierung unter dem Motto „neue Grundsicherung“ stärkere Sanktionen für Leistungsberechtigte plant.

Die Hälfte aller Menschen im Bürgergeld lebte 2024 laut der Studie in materieller Entbehrung – ein dramatisch höherer Wert als bei Menschen ohne Bürgergeld-Bezug, wo dies nur auf 8,9 Prozent zutrifft. Die konkreten Auswirkungen zeigen, was dies im Alltag bedeutet: 86,6 Prozent können keine unerwarteten Ausgaben von 1.250 Euro fi-

nanzieren. Mehr als die Hälfte, nämlich 55,4 Prozent, kann kaputte Möbel nicht ersetzen. Fast ein Drittel kann nicht mal gelegentlich, also einmal im Monat, mit Bekannten essen oder trinken gehen. Fast jeder Fünfte hat Zahlungsrückstände bei Miete, Strom oder Heizung. Besonders alarmierend ist, dass 30,8 Prozent sich nicht mal jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit leisten können – und 17,2 Prozent haben kein zweites Paar Schuhe.

Die statistischen Daten untermauern die dramatische Lage: Menschen im Bürgergeld leben deutlich unter der offiziellen Armutsgrenze von 1.381 Euro monatlich – ihnen fehlen dazu im Schnitt fast 500 Euro jeden Monat. Die Differenz zwischen dem, was jemand bekommt und der Armutsgrenze ist die sogenannte Armutslücke. Diese Armutslücke ist in den vergangenen Jahren drastisch angewachsen. Sie betrug bei Alleinlebenden 2010 noch 308 Euro. 2023 stieg sie auf 474 Euro.

Wie sieht es nunmehr in unserer Stadt aus? Hier kann man sich auf die Zahlen berufen, die von der Stadtverwaltung auf meine Anfrage „Armutsschwelle und Armutslücke in Leipzig“ übermittelt wurden. Diese bedrücken

Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im November 2025

Linken-Anfrage zu Mietwucher

Neben der Wertschätzung für die Aktivitäten der Verwaltung, für die es formal bisher nur eine Personalstelle gibt, wollte die Linke wissen, wie Prüfungen vollumfänglich durchgeführt werden können. Die Initiative der Linken auf vielfältige Weise und durch Hilfe die Angemessenheit der Wohnkosten im Einzelfall zu überprüfen sowie ein Haushaltantrag zur personellen Absicherung dürfte die Aktivitäten der Verwaltung befördert haben. Darauf hatte sich die Verwaltung in ihrer Antwort bezogen.

Linke fordert Kita Schließungen verhindern

Mit einem Antrag wollte die Linksfraktion den Verkauf der städtischen Immobilien verhindern. Im Vordergrund sollen kurze Wege für kurze Beine stehen, was auch für Grundschüler gelten soll. Vor einer vollständigen Kitaschließung sollte deshalb bei Rückgang der Bedarfszahlen eine Reduzierung der Platz- und Gruppenszahl stehen. Trotz eines Grundsatzbeschlusses des Stadtrates, dass auf Immobilienverkäufe verzichtet und stattdessen bei fehlendem Bedarf für eine kommunale Nutzung diese in Erbpacht an

Dritte zu vergeben sind, gibt es zunehmend Bestrebungen in der Verwaltung durch Verkauf kurzzeitige Einnahmen zu generieren und damit die Immobilienpreisteigerungen anzuhetzen.

In den 2000er Jahren hatte die damalige PDS-Fraktion im Rahmen des in Grünau konzentrierten Stadtumbaus vorgeschlagen, eine befristete Teilstillegung mit befristeter Untervermietung für Kitas vorzusehen, so dass bei wieder ansteigendem Bedarf diese reaktiviert werden können. Als Kompromiss wurde nunmehr mit großer Mehrheit beschlossen im Einzelfall Erbpacht oder Verkauf zu prüfen.

Vertragsverlängerung zum Deutschlandticket für Leipzig-Pass-Inhaber*innen

Nach kontroverser Debatte beschloss der Stadtrat mit 44 Für-, bei 13 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen die Beibehaltung der monatlichen Bezuschussung von 20 Euro/Ticket für das Deutschlandticket für Leipzig-Pass-Inhaber*innen. Die CDU-Fraktion wollte dass, die Stadt monatlich nur noch das Deutschlandticket bezuschusst.

Es gibt aber zahlreiche Leipzig-Pass-Inhaber*innen, die nur ein preiswerteres regionales Fahrticket benötigen.

Neubauschule in Grünau als Interim für Grünauer Schulsanierungen

Einstimmig beschloss der Stadtrat den Neubau einer vierzügigen Schule mit Sporthalle in der Karlsruher Straße im Grünauer WK 4. Durch den mitten im Wohngebiet Grünau entstehenden Schulneubau soll zukünftig auch auf provisorische Interimbauten in Containerbauweise verzichtet werden.

Rechtsgutachten für Schulstraßen

Der Stadtrat beriet über einen SPD-Antrag zur Einrichtung von Schulstraßen auf der Grundlage von Rechtsgutachten. Auf Vorschlag der Verwaltung sollen als Pilotprojekte vor der Grundschule am Auensee in Wahren, der Alfred-Kästner-Schule in Lindenthal und dem Forum Thomanum im Bachviertel Schulstraßen eingerichtet werden. In Zusammenarbeit mit den Schulen soll nach 12 Monaten Bilanz gezogen werden. Wenn diese positiv ausfällt, sollen weitere Schulstandorte unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten geprüft

ckende Statistik gibt Anlass zu politischem Alarm:

Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2024 auf Basis des Bundesmedian EU-SILC (Mikrozensus-Unterstichprobe zu Einkommen und Lebensbedingungen; Armutsschwelle 1.381 Euro) in unserer Stadt bei 26 Prozent. Die Armutslücke unter den Armen und damit die Tiefe der Armut beträgt dabei 29 Prozent; sie bezeichnet das durchschnittliche Ausmaß, um das das Einkommen armer Haushalte unterhalb der offiziellen Armutsschwelle liegt.

Schaut man sich die Antwort der Verwaltung weiter an, wird deutlich, dass sich die Armutsgefährdung in Leipzig durch alle relevanten Bevölkerungsgruppen zieht. Unter ihnen haben die aktuell Beschäftigten noch die größten Möglichkeiten, durch erkämpfte Lohnsteigerungen an ihrer Situation etwas zu verbessern, denn trotz Verankerung im Erwerbsleben ist jeder siebte Beschäftigte armutsgefährdet. Das ist in einem vermeintlichen Wirtschaftszentrum alarmierend.

Die anderen Gruppen (Arbeitslose, Studierende, Rentnerinnen und Rentner, Bürgergeldbezieher) besitzen nur sehr geringe

Spielräume, um an ihrer prekären Situation etwas zu ändern (deren Armutsgefährdungsquoten betragen jeweils 82 Prozent, 68 Prozent, 32 Prozent und 92 Prozent). Sie sind vielmehr auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, wie ihr Einkommensbezug durch Bundesgesetze und -programme etc. gestrickt ist. Ergo ist an der Effizienz bisheriger gesetzlicher Regelungen und Programme etc. heftig zu zweifeln.

In der vorliegenden Form widerspiegeln die Daten einen erschreckenden Befund für tiefer liegende ökonomische Ursachen der zunehmenden Spaltung der Leipziger (Stadt)Gesellschaft. Für alle Mitglieder der Linksfraktion wird die Armutsbekämpfung auf allen politischen Ebenen weiterhin ein Eckpfeiler ihres politischen Handelns sein. Das ist auch notwendig, denn der Sozialstaat – gesichert durch die Artikel 1 und 20 im Grundgesetz mit sogenannter Ewigkeitsgarantie – gerät immer mehr unter Druck als angeblich zu teuer, ineffizient und missbrauchsanfällig.

Schwarz-Rot will einen strafenden Staat als Leitbild etablieren, Totalsanktionen beim Bürgergeld sollen jetzt noch schneller kommen, Verfassungswidrigkeit wird dabei billi-

gend in Kauf genommen. Bedürftige erleben den Staat künftig nicht mehr als Garant ihrer Rechte, sondern als feindseligen Verhörer. Mit diesem sozialpolitischen Kurs, der durch die Hochrüstung noch beschleunigt wird, düngt die Bundesregierung fruchtbar den Boden für den weiteren Aufstieg des Rechtsextremismus.

werden. Maßgeblich ist aber das Verhalten der Eltern, von denen manche ihre Kinder am liebsten bis ins Klassenzimmer fahren würden, aber dadurch die meisten zu Fuß kommenden Mitschüler gefährden.

Streit um neues städtisches Corporate Design

Nach dem ein AfD-Antrag auf eine aktuelle Stunde um das neue städtische Logo keine Mehrheit gefunden hatte, nutzten mehrere Stadtratsmitglieder eine diesbezügliche reguläre Anfrage der CDU-Fraktion, um dieses auch in der Stadtgesellschaft umstrittene Thema zu diskutieren. Vor mehr als 3 Jahren wurde das Projekt einer neuen Markenarchitektur im Corporate Design zu Zeiten eines ausgeglichenen Stadthaushaltes gestartet. Neben der Verwaltung sollte auch die die Mehrzahl der städtischen Unternehmen erstmals unter dem Markenauftritt der Stadt zusammen auftreten. So werden diese künftig immer als städtische Angebote erkennbar sein und durch das neue im aktuellen Stil gestaltete Logo den Wiedererkennungswert der Stadt und ihrer Gesellschaften erhöhen. Da zahlreiche Gesellschaften neben der Stadt Leipzig auch andere Gesellschafter

haben, treten diese nicht unter dem neuen einheitlichen Stadtlago auf. Trotzdem wird das gewohnte Stadtwappen weiterhin als amtliches Hoheitszeichen auf Bescheiden oder Dienstsiegeln sowie im Amtsblatt für offizielle Bekanntmachungen eingesetzt. Die insgesamt 12 Farben im Auftritt sollen Vielfalt und Facettenreichtum der Stadt repräsentieren sowie vor allem bei digitalen Kommunikationsmitteln die notwendige Flexibilität für die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern schaffen.

Weniger Böller - Sylvester für alle

Auf Grundlage des rechtskonformen Verwaltungsstandpunktes sowie eines Änderungsantrages beschloss der Stadtrat den abgewandelten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zur Einschränkung des Abfeuerns von vor allem auf Lärm ausgerichteten Böllern. Dieser war vom BUND initiiert und von Stadträt*innen unterstützt worden. Schon heute gelten gesetzliche Verbote im Bereich von Krankenhäusern, Wohnheimen, Kirchen und Naturschutzgebieten, dessen Einhaltung eines immensen personellen Aufwands bedarf. In den Fokus soll nunmehr aber auch das Stadtzentrum rücken. Alternativ zum

traditionellen Silvesterfeuerwerk beschloss der Stadtrat kostenfreie Lichtshows anzubieten, wobei offen ist, wer die Kosten trägt.

Die öffentliche Debatte zum Silvesterfeuerwerk sollte mit guten Argumenten und dem Ziel eines freiwilligen Verzichts weitergeführt werden. Sonst empfinden nicht wenige die Absicht - was mir nicht gefällt, darfst du auch nicht haben. Wo bleibt der Protest gegen Böllerei durch Kriege? Diese sind verbunden mit tausenden Toten und Verletzten sowie der Vernichtung gebauter Landschaften und andauernd klimaschädlich.

Stadtratsentscheidungen vertagt

Da es bei einigen Vorlagen mit Änderungsanträgen noch Klärungsbedarf gibt, wurde deren Behandlung in die Ratsversammlung Dezember vertagt. Dies betrifft die aktualisierte Hundesteuersatzung, das Konzeptverfahren zum Verkauf eines Solitärgrundstück sowie das Entwicklungskonzept zur Umsetzung des städtebaulichen Wettbewerbsergebnisses für das Areal Matthäikirchhof sowie Wirtschaftspläne für 2026 von kommunalen Eigenbetrieben.

Tanz der Wörter

Lavinia Hudson Lyrikzeitschrift „Poesiealbum neu“ widmet sich dem Tanz

Warum soll man in der heutigen Zeit noch Gedichte lesen? Diese Frage höre ich sehr oft. Leider. Grund genug, mich dieser Fragestellung zu nähern. Am besten, wenn es dabei etwas locker und auch mit Bewegung zugeht. Zum Beispiel mit dem ganz frisch erschienenen „Poesiealbum neu“ zum Thema Tanz. Das „Poesiealbum neu“ ist eine der wichtigsten Lyrikzeitschriften im deutschsprachigen Raum. Diese Zeitschrift wird von der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik (GZL) herausgegeben.

„Bolschoi oder Berghain – Gedichte zum Tanz“ heißt die Ausgabe und es ist zunächst zu klären, was damit gemeint ist. Mit dem „Bolschoi“ ist das Bolschoi-Theater („Großes Theater“) in Moskau gemeint, weltbekannt für die Ballett-Kompanie, die Stichworte „Schwanensee“ und „Nussknacker“ sollten reichen. Also Hochkultur. Mit „Berghain“ wird der Bezug zur Unterhaltungskultur, zur Jugend, zu den Junggebliebenen hergestellt, denn ein weltberühmter Techno-Club in Berlin trägt diesen Namen.

Das Vorwort von Klaus Nührig führt uns in die Tanzwelt hinein: „Fragen wir die Lexika nach der Bedeutung des Begriffes ‚Tanz‘, dann wird dort von Ritualen und Bräuchen, einer Therapieform und einer ganz individuellen Gefühlsäußerung gesprochen. Gehen wir weit in die Geschichte zurück, dann gab es sogar eine Verbindung zwischen dem Tanz und magischen Kräften. Ganz verloren ging dieser Wunsch nach Magie nicht, denn wir wünschen uns, beim Tanzen nicht nur einem fremdbestimmten Bauplan zu folgen und einen Schritt vor oder neben den anderen zu setzen. Wem es gelingt, im Tanz, allein oder als Paar, Geist und Körper zu einer Bewegung zu vereinen, den bewundern wir. ‚Unsere Spannweite ist groß, ob klassischer Tanz oder experimentell, professionell oder privat, zu zweit daheim oder im randvollen Club – das bleibt Ihnen überlassen.‘ So hieß es in unserer Ausschreibung. Und wie erwartet überraschend ist der Zugang, den viele Lyrikerinnen und Lyriker gefunden haben. Inhaltlich und formal ist die Spannweite der in dieser Anthologie thematisch vereinten Lyrik groß.“ Damit ist der Ton, pardon, die Choreo gesetzt.

Der Leipziger Lyriker Andreas Köllner wagt einen „Totentanz“: „...man begegnet dem Leben / und dem Tod...“ Das lyrische Ich reicht beiden die Hand. Schwungvoll mit einem „Tango“ zieht uns die Hannoveranerin Sybille Fritsch in ein Hafenviertel. Das Kreuz des Südens ist über uns. Ich sehe Buenos Aires und tanze mit „...im 2/4-Takt

heute in Moll und Dur...“ Von einer „Partynacht im ersten Sommerurlaub“ weiß Jan-Eike Hornauer zu berichten: „...es könnte was sein mit dem Mädels und ihm...“ Doch der Wahlmünchner lässt das Gedicht so enden: „Dann ging sie, und ihm war das Herz weggesackt.“ Ähnlich hoffnungslos endet das Gedicht „Wir tanzen auf dem Starni“ von Danilo Art-Merbitz. Er entführt uns mit seinem Liebesgedicht an den Starnberger See: „Alpen-Blau, See-Blau, Kini-Blau / ‚Schickschick, Schick-schick, Schickeria‘ / hämmert es aus dem flimmernden Bootshaus.“ Sein Schluss: „Du erinnerst dich nicht?“ Bei Steffen Marciniak seinem Gedicht „Im Marmor“ ist auch gedämpfte Stimmung: „Verschollen in fernsten Fernen / Füllt nur dein blasses Echo / Mein tränenvolles Römerglas.“

Schon ziemlich traurig, aber schön, schön traurig, finde ich. Dafür erinnert Manfred Schwab aus Franken lustvoll an die „Swinging Sixties“ mit seinem Gedicht „No Milk today.“ Es handelt von einem Tanzlokal namens „Crazy“, von Beat und „Cuba Libre“. Den Rest können wir uns denken. Die Jura-studentin Jula Hils, geboren 2005 in München, widmet sich dem „Baltanz“, dem auf der Lichtung und dem im Diskolicht. Lustig und wahr.

Poesiealbum *neu* *Bolschoi oder Berghain* *Gedichte zum Tanz*



Edition
kunst & dichtung

Ulrike Diez, 1958 in Freiberg/Sachsen geboren, steuert einen Bericht über die zwei in Deutschland existierenden Tanzarchive bei: „Zum Kennenlernen: Tanzarchive als Gedächtnis der Tanzkunst.“

Wer noch kein Geschenk hat, dem sei dieses „Poesiealbum neu“ dringend ans Herz gelegt, denn diese Lyrikzeitschrift erwärmt selbiges. Ein richtig guter Grund für das Lesen von Gedichten in unserer hektischen Zeit. Wenn man alle Geschenke hat, dann kann man sich aber auch damit selbst beschenken.

① „Poesiealbum neu. Bolschoi oder Berghain. Gedichte zum Tanz“, Ausgabe 2/2025, Edition Kunst & Dichtung, Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik e.V., Leipzig, 2025, 84 Seiten, teils illustriert, Softcover, 10,- Euro
Bestellungen per E-Mail an kontakt@lyrikgesellschaft.de oder im Onlineshop www.lyrikgesellschaft.de

Das „Poesiealbum neu“ ist die Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik (GZL). Der Verein hat heute 280 Mitglieder aus acht Ländern und gilt als größte Vereinigung von Lyrikerinnen und Lyrikern im deutschsprachigen Raum. Das Erscheinungsbild der Hefte lehnt sich an die traditionsreiche Lyrikreihe „Poesiealbum“ aus dem Verlag Neues Leben Berlin an, die dieser von 1967–1990 veröffentlicht hat. Ebenfalls im Jahr 2007 erlebte diese Lyrikreihe eine zweite Wiedergeburt: im Märkischen Verlag in Wilhelmshorst mit dem Begründer der Reihe Bernd Jentzsch unter dem alten Namen „Poesiealbum“. Das „Poesiealbum neu“ knüpft konzeptionell an die Sonderhefte der DDR-Lyrikreihe an, die nicht wie die regulären Hefte einer einzelnen Autorin oder einem einzelnen Autor, sondern in anthologischer Weise der Vorstellung von Teilnehmerinnen und Teilnehmer des alljährlichen Zentralen Poetenseminars der FDJ in Schwerin gewidmet waren. Das „Poesiealbum neu“ ist eine sehr wichtige Lyrikzeitschrift im deutschsprachigen Raum und noch dazu eine, die der literarischen Tradition Ostdeutschlands entspringt und hier in Leipzig, der einstigen Hochburg der Verlage und Buchhändler, herausgegeben wird. Hoffentlich begreift irgendwann auch die Kulturförderung in der BRD, im Freistaat Sachsen und in Leipzig, welchen Schatz man hat. Auch finanzielle Unterstützung ist notwendig.

Selbstbestimmt Wohnen in jedem Alter

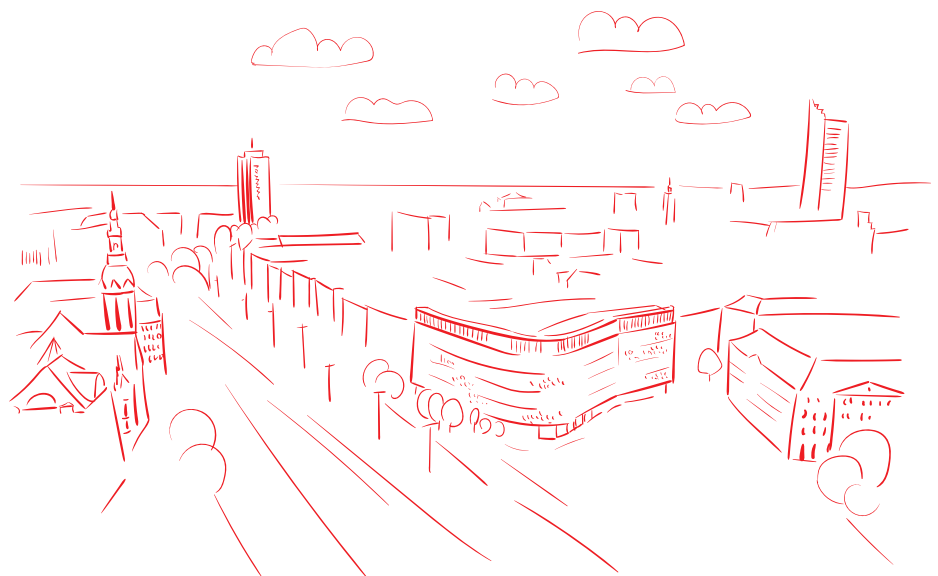
Siegfried Schlegel Am 5. November fanden in Dresden zeitgleich zwei Veranstaltungen statt, die sich mit Themen rund um das Wohnen im Alter beschäftigten. Der Autor war als Vorsitzender der Landesseniorenvertretung für Sachsen und als stellvertretender Vorsitzender des Leipziger Seniorenbeirates in beiden Veranstaltungen als Podiumsgesprächspartner eingeladen worden.

Am Vormittag hatte die Fraktion Die Linke in den Sächsischen Landtag zur Landeseniorenkonferenz 2025 mit dem Thema „Selbstbestimmt Wohnen im Alter: mehr barrierefreien Wohnraum schaffen!“ eingeladen. Sachsen zählt zu den demografisch ältesten Bundesländern Deutschlands. Über ein Viertel der Menschen im Freistaat sind über 65 Jahre alt – also über 1,1 Millionen Menschen. Die Spreizung liegt in den Kommunen zwischen 20 bis über 30%. Mit zunehmendem Lebensalter steigt auch die Wahrscheinlichkeit alters- und krankheitsbedingter Einschränkungen oder einer Pflegebedürftigkeit. Dabei nimmt die Anzahl der hochaltrigen Menschen, bei gleichzeitig steigendem Betreuungs- und Pflegebedarf stetig zu. Damit Senior*innen so lange wie möglich selbstständig leben können, braucht es ausreichend barrierefreie, alters- und pflegegerechte Wohnungen – oder die Möglichkeit, die von Senior*innen bewohnten durch Umbaumaßnahmen personenbezogen anzupassen. Das stellt auch neue Anforderungen an das Wohnumfeld. Wenn man weiß, dass seit Jahren in den Großstädten wie Leipzig nicht einmal die Hälfte des jährlich zu reproduzierenden Wohnungsbestandes von ca. 3.000 Neubauwohnungen gebaut wird, ist klar, dass die Knappheit immer zunimmt, ganz zu schweigen von spezifischen Wohnformen, wie für Ältere und Familien. Mit einer Begrüßungsrede eröffnete Susanne Schaper, Linken-Fraktionsvorsitzende und seit 2020 Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im Sächsischen Landtag, die Konferenz. Als examinierte Krankenschwester mit über 20 Jahren Berufspraxis und langjährig engagierte Kommunal- und Landespolitikerin bei Den Linken in Sachsen verfügt die Chemnitzerin über einen breiten Erfahrungsschatz in der Sozialpolitik. Als Vorsitzende des Sozialausschusses gelang es ihr zusammen mit den Ausschussmitgliedern zahlreiche vorgesehene Kürzungen im Landeshaushalt zu verhindern, so dass dieser schließlich auch mit Stimmen der Linken beschlossen werden konnte. Dabei ist der demografische Wandel keine neue Erkenntnis. Schon vor Jahren prognostizierte eine Studie im Auftrag des Sächsischen Innenministeriums, dass bis 2030 etwa 77.000 barrierefreie Wohnungen in Sachsen fehlen werden. Doch Konsequenzen

wurden daraus bisher nicht gezogen. Noch immer sind Richtlinien zum barrierefreien Bauen nicht rechtlich verankert und auch bei der Förderung für altersgerechte Wohnraumanpassungen wurde kräftig gespart. Dass sie nicht vollständig eingestellt wurde, wie ursprünglich geplant, ist ein Erfolg der Haushaltsverhandlungen. In einem Eingangsvortrag berichtete Thomas Naumann als Fachplaner über Erfahrungen aus Kompetenz- und Beratungsstelle barrierefreie Planen und Bauen sowie Wohnraumanpassung in Dresden. Am anschließende Podiumsgespräch „Selbstbestimmt Wohnen im Alter - Forderungen an die Politik“ nahmen Susanne Schaper, Thomas Nauman und der Autor teil. Auch kamen Konferenzteilnehmer zu Wort. Siegfried Schlegel berichtete über Leipziger Erfahrungen und Aktivitäten bei der Schaffung von bezahlbaren barrierearmen bzw. -freien Wohnungen und Wohngebäuden sowie dem Wohnumfeld und mahnte dabei die finanzielle Unterstützung durch EU, Bund und Land an.

Das zweite Podiumsgespräch unter dem Thema „Barrierefreier Wohnraum und lebenswerte Quartiere für Senioren“ fand am gleichen Tag, im Rahmen eines Fachtages statt, das von der Landesseniorenvertretung für Sachsen und dem Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e. V. organisiert wurde, statt. Dabei diskutierten Marion Kempe, Architektin vom bauforum dresden e.V., Gundel Riebe vom Berliner Mieterverein sowie der Autor. Zu der an ihn gerichtete Frage zur enormen Nachfrage nach seniorenfreundlichem Wohnraum und ob das an fehlenden barrierefreien Neubauten liegt oder an der Anpassung des Bestandes scheitert, nimmt er wie folgt Stellung: „Der Begriff Wohnraum ist irreführend, weil darunter auch Wohnheime zählen. - Wir setzen uns für altengerechte bzw. behindertengerechte Wohnungen in denen Seniorenhalte selbstbestimmt Wohnen können.

Dabei wird in alten- und behindertengerechte Wohnungen unterschieden. Das schließt Gemeinschaftsräume aber auch das Wohnumfeld und vielfältige Angebote im Wohnquartier ein. Das Wohnen im Altenheim ist zunehmend nicht mehr bezahlbar für die Betroffenen und ihre Angehörigen, aber auch nicht für die Gesellschaft. Auf die Frage zum Begriff „lebenswertes Quartier für Senioren“ und ob es dabei primär um die bauliche Infrastruktur oder um die soziale Dichte und Teilhabe geht, antwortete der Autor, das von der PDS schon 1994 in Leipzig der Begriff der „Menschliche Stadt“ geprägt wurde, was gemeinschaftliche Teilhabe für alle Generation und deren Begegnung einschließt. Der Weg zum Nahversorger und zur Haltestelle ÖPNV sollte ca. 300 bis 500 m lang sein. Bei größeren Entfernungen sollte es Standorte für Sitzgelegenheiten geben. Gut erreichbar sollten Angebote für Gesundheit, Kultur, Begegnung und Sport oder auch Plätze gehören. Seniorenfreundliche funktionsgemische Quartiere – können nur durch Unterstützung von EU, Bund, Land sowie Kommune gemeinsam zukunftsgerecht entwickelt werden. Kommunen müssen dabei ihr Bauplanungsrecht aktiv wahrnehmen. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte und die Stadt müssen als Ganzes begriffen werden, was aktive Bürgerbeteiligung einschließt. Leipzig setzt sich, gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Akteure und Politikern, für eine nachhaltige und zukunftssichere Entwicklung nach den Grundsätzen der "Leipziger Charta" ein: mit integrierten, strategischen Stadtentwicklungsprozessen und einem ortsteilbezogenen Ansatz, der Stärken unterstützt und Herausforderungen auf Nachbarschaftsebene angeht. Fazit beider Veranstaltungen; Generationenfreundliche Quartiere, sollen unter Mitwirkung der Menschen zukunftsgerecht entwickelt werden. Das Planungsrecht – übrigens auch der Bauturbo lassen dies schon heute zu. Es muss aber in den Kommunen, wo die Menschen leben, gelebt werden.



Krenz-wertige Einsichten

Dr. Helge-Heinz Heinker Das letzte Staatsoberhaupt der DDR zu Gast in Rosas Salon

Öffentliche Auftritte von Staatsoberhäuptern bringen Sicherheitspersonal gewöhnlich ins Schwitzen. Nicht so in diesem Fall. Am 19. November war Egon Krenz zu Gast in Rosas Salon im Felsenkeller. Der Staat, den Krenz einst repräsentierte, ist Geschichte. Das Establishment der heutigen Bundesrepublik verweist nur in Ausnahmefällen auf die einstige staatliche Führungsfunktion des Bürgers Egon Krenz. Deshalb konnte er sich ohne erkennbaren Sicherheitsaufwand seinen Weg durch die Versammlung von mehr als 100 Interessenten bahnen, von denen viele altersmäßig noch einen persönlichen Bezug zum lockeren FDJ-Spruch "Wir sind die Fans von Egon Krenz" zu haben schienen.

Stadtrat Dr. Volker Külow lenkte in seiner Begrüßung die Aufmerksamkeit von der inzwischen ganze Bibliotheken füllenden DDR-Aufarbeitungsliteratur zu den nunmehr drei Bände umfassenden Erinnerungen von Egon Krenz. Und die haben es in sich - auch wenn mancher Rezensent aus dem konservativen Medienspektrum hartnäckig behauptet, in dieser fakten gesättigten zeitgeschichtlichen Lektüre nichts Erhellendes entdecken zu können. Egon Krenz referierte seinen dritten Erinnerungsband, ohne lange Passagen aus dem flüssig verfassten Text auf die übliche Weise vorzutragen. Tatsächlich überschneiden sich Band 2 und 3 der politischen Bilanz geringfügig. Die Reminiszenzen reichen noch einmal bis zum Jahresbeginn 1988 zurück - bis zur bedrückenden Stimmung im Lande, den Perestrojka-Illusionen und -Zweifeln und den zaghaften Änderungsvorschlägen der "Generallinie", die allesamt darin gipfelten, dass Honecker sie in seinem Panzerschrank ablegte und einschloss. "Mit der Initiative, Erich Honecker abzulösen, sind wir mindestens drei Jahre zu spät gekommen", resümiert Egon Krenz. Die letzte Gelegenheit eines ehrenvollen Rücktritts sei 1987 nach der erfolgreichen Honecker-Visite in der BRD unwiederbringlich verstrichen. Was danach kam, mündet in ernüchternde Statistiken zur Arbeitsproduktivität, zu sinkenden industriellen Investitionen und zur gefährdeten Zahlungsbilanz der DDR, in harte Auseinandersetzungen

über den Preis für Erdöl, der an die UdSSR zu zahlen war, in internes Grummeln zum Vorgehen von Gorbatschow, in panische Angst vor einer Fehlerdiskussion, in unverzeihliche Schmeicheleien gegenüber einem versteinerten Generalsekretär, dessen Zeit längst abgelaufen war, in gefälschte Wahlergebnisse und hochschnellende Ausreisezahlen. Buchautor Krenz zitiert aus den Protokollen, die ihm vorliegen, und vielen persönlichen Notizen. So werden die Konflikte anschaulich - und die deprimierenden Trägheitskräfte mit ihren Konsequenzen. Trotzdem will Krenz das von Gregor Gysi ausgesprochene Verdikt "Die DDR ist an sich selbst gescheitert" so nicht gelten lassen, auch wenn er in ein ungefährtes "nicht ganz richtig und nicht ganz falsch" ausweicht. "Wären die äußeren Bedingungen für eine bessere DDR vorhanden und wäre ein jüngeres Politbüro günstiger gewesen?" sind zwei rhetorische Zuspitzungen, die im Raum stehen bleiben.

Was Egon Krenz - mittlerweile 88jährig - in Rosas Salon vorstellte, dreht sich auf der runden Hälfte des Bandes 3 seiner Erinnerungen und Reflexionen um den Zusammenbruch der DDR und des europäischen Sozialismus und im zweiten Teil des Textes um seinen als Katharsis kaschierten Ausschluss aus der Partei (der bitterste Moment seines politischen Lebens), die Gerichtsverfahren, die Urteile und die Haftbedingungen, die ihn nach 1990 in der neu zugeschnittenen, auf Revision versessenen Bundesrepublik betrafen. Was zu sagen bleibt, dreht sich ebenso um die regelrecht polarisierte öffentliche Meinung zu seiner Person, um Zuspruch (aus manchmal unverhoffter Richtung) und Ablehnung (aus einem gelegentlich wundersam gewendeten Spektrum), um Gespräche des Privatiers über den Gartenzaun am Rückzugsort Dierhagen, vor allem aber um Substantielles, das Bestand beansprucht. Der fiebrige Herbst 1989 verlief ohne Gewalt, das sollte niemand vergessen. Die Vorgänge in Leipzig werden in den geschichtlichen Prozess eingeordnet und - ohne ein nochmaliges Protokoll des Schlüsseldatums 9. Oktober 1989 einzubauen - gebührend gewürdigt. Kein Wunder also, dass sich Egon Krenz anerkennend an die beiden in

Rosas Salon anwesenden Protagonisten der "Leipziger Sechs", Dr. Roland Wötzel und Dr. Kurt Meyer, wandte; letzterer begeht am 15. Dezember übrigens seinen 90. Geburtstag.

Die Wertung, dass die DDR mit Sympathisanten und politischen Gegnern beharrlich und unbeirrt um Frieden gerungen hat und als einziger deutscher Staat nie einen Krieg führte, ordnete Egon Krenz als Erbebilanz und zentrales Achtungszeichen ein, weil das anschwellende Geschrei nach Kriegstüchtigkeit historische Fakten und Einsichten in erschreckender Weise ignoriert und beiseiteschiebt und außer für die Bilanzen der gemästeten Rüstungskonzerne nichts Gutes verheißt.

Das von Christian Anneck und Alexander Schmidt erneut souverän moderierte Salon-Gespräch bliebe unvollkommen ohne den Dialog des Gastes mit dem Publikum. So konnte die Frage nicht ausbleiben, wie Egon Krenz die Perspektiven der Volksrepublik China bewertet. "Dort liegt die Zukunft", lautete die knappe Antwort. Oft genug bereiste er auf offizielle Einladung das Reich der Mitte, weil dort das Scheitern des europäischen Sozialismus gemeinsam mit Zeitzeugen und Entscheidungsträgern aus den einstigen "Bruderländern" aufmerksam analysiert wird, um daraus angemessene Strategien abzuleiten. "Die Chinesen weisen unentwegt auf die Lehren aus ihrer Geschichte", berichtete Krenz. Sie hätten in den vergangenen 40 Jahren ein verblüffendes Wachstum erreicht und die schlimmsten Auswüchse der Armut beseitigt. Als ehemaliges Agrarland wählte China den Weg, landwirtschaftliche Flächen erst einmal an diejenigen zu verpachten, die sie bewirtschaften. Ob das eine dauerhaft tragfähige Lösung ist, soll spätestens 2049 bewertet werden, zum 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik.

Nach zwei Stunden Vortrag, Diskussion und reichlich Beifall signierte Egon Krenz geduldig einen variablen Stapel von Exemplaren des dritten Bandes seiner Erinnerungen. Die Schlange der Interessenten an der Bilanz seines politischen Lebens reichte quer durch den gesamten Salon.



Fotos: privat

Anna Siemsen — zum 75. Todestag

Michael Franzke In den 1920er Jahren war Anna Siemsen den Arbeiter*innen Leipzigs ein willkommener Gast, sei es als Rednerin auf Großveranstaltungen, durch ihre Zusammenarbeit mit dem Arbeiterbildungsinstitut zur Gestaltung der Jugendweihe, als Autorin zahlreicher Artikel in der Leipziger Volkszeitung zu Fragen der Frauenbewegung, zur Kulturpolitik, über Kindererziehung und Literatur oder als politische Vordenkerin der linken Opposition der SPD. 1928 wurde sie vom Wahlkreis Leipzig in den Reichstag gewählt, dem sie bis 1930 angehörte.

Anna Siemsen wurde am 18. Januar 1882 in einem kleinen Dorf in Westfalen als Tochter eines evangelischen Pfarrers geboren. Sie legte 1901 das Lehrerinnenexamen ab, studierte von 1905 bis 1911 Germanistik, Philosophie und Latein, promovierte zwischenzeitlich zu einem literaturwissenschaftlichen Thema und war danach als Gymnasiallehrerin tätig. Von 1920 an nahm sie verschiedene Funktionen im Schulwesen wahr und setzte sich für die praktische Umsetzung der Reformpädagogik ein. Von 1923 bis 1932 war sie Honorarprofessorin an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges hatte sie zu einer engagierten Pazifistin gemacht. Sie gehörte dem Vorstand der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ und der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ an. Ihr politischer Weg führte sie von der USPD über die SPD in die linkssozialistische SAPD. Im Gegensatz zu ihren Beiträgen zur Pädagogik und Literaturwissenschaft ist ihr Wirken in der linkssozialistischen Strömung der Arbeiterbewegung weitgehend in Vergessenheit geraten. Zu erwähnen ist ihre Mitwirkung an der Zeitschrift „Der Klassenkampf“ und der „Jungsozialistischen Schriftenreihe“. Hier machte sie Front gegen das Erstarken des klerikalen Konservatismus, plädierte für eine Offenheit gegenüber der Literatur und Kunst als Aneignungsweise sozialistischen Fühlens, Wollens und Erkennens und stellte sich der Arbeit an einer zum Sozialreformismus alternativen Strategie sozialistischer Klassenpolitik.

1933 musste sie vor dem nationalsozialistischen Terror fliehen und emigrierte nach der Schweiz, von wo aus sie 1946 nach Deutschland zurückkehrte. Nach Hamburg übersiedelt musste sie sich an der dortigen Universität mit einem Lehrauftrag für Literatur und Pädagogik begnügen. Ihr politisches Engagement galt nun der Entwicklung einer friedlichen Nachkriegsordnung in einem vereinten Europa. Am 22. Januar 1951 verstarb sie kurz nach Vollendung ihres 69igsten Geburtstages in Hamburg.

1947 erschien ihre Broschüre „Einführung in den Sozialismus“ in der sie ihre Lebenserfahrungen im Kampf für eine solidarische Gesellschaft für die Nachwelt festhielt. Sie war voll Sorge, dass dem Zweiten Weltkrieg eine dritte und noch viel fürchterliche Zerstörung folgen könnte. Wie ist, so ihre zentrale Frage, dauerhafter Frieden in Europa möglich? Demokratie ist, so ihre erste Antwort, für den Erhalt des Friedens unabdingbar. Demokratie ist für Anna Siemsen der Schutz vor Not und Sorge um die Existenz einer jeden und eines jeden, eine Erziehung, die alle befähigt sich zu informieren und sich ein eigenes Urteil zu bilden, Glaubens- und Meinungsfreiheit und schließlich der Wegfall jeglichen Anreizes Reichtum und Machtzuwachs durch die „Irreführung“ des Menschen zu erlangen. Die politische Demokratie, in der die Bürger*innen ihre Regierung selbst wählen können, müsse zu einer sozialen Demokratie ausgebaut werden, in der sie in die Lage versetzt werden, ohne Not und Angst, in Freiheit und in richtiger Erkenntnis ihre Entscheidungen zu treffen und ihren Anteil an der Verantwortung zu tragen. Mit der erkannten Notwendigkeit der Friedenssicherung durch die Entfaltung einer sozialen Demokratie ist, so Anna Siemsen zweite Antwort, die Stunde des Sozialismus gekommen, die Stunde einer solidarischen Vergesellschaftung.

Der wissenschaftliche Sozialismus verneint mit Karl Marx und Friedrich Engels die Möglichkeit, dass die Lohnarbeiter*innen zur „vollen Freiheit und Sicherheit des Lebens“ gelangen können, solange sich die Produktionsmittel in den Händen privater Kapitalisten befinden. Gleichsam erkennt er die Existenz von Klassen und Klassengegensätzen an. Diese Gegensätze werden — in welcher konkreten Form auch immer — im Klassenkampf ausgefochten.

Es sollte nie vergessen werden, so mahnte Anna Siemsen an, dass die „großen Kapitalherren“ es waren, die „Hitlers Verbrecherbanden“ zur Macht führten. Es sei die Zeit gekommen den Weg der sozialen Demokratie zu gehen, er erscheint der sicherste Weg zu einer friedlichen Umwandlung der Gesellschaft. Wo die herrschende Klasse der Mehrheit der Bevölkerung diesen Weg versperrt, ist sie es selbst, die sich dafür zu verantworten hat, dass ihrer Verweigerung gewaltsamer Widerstand entgegenschlägt.

Die Lösung der existenziellen Probleme der Einzelnen ist auf das engste verbunden mit der Lösung der existenziellen Probleme der Menschheit. Es ist unsere erste Aufgabe, schließt Anna Siemsen ihr Plädoyer für die Zukunft der Welt, Teil der organisierten Bewegung für die soziale Demokratie zu werden, an unserem Platz und mit unseren eigenen Kräften. Ist auch diese Bewegung noch so rudimentär, so darf dies kein Grund sein ihr fernzubleiben. Die Zeit für kleine „Splittergruppen“ sei vorbei wie die regionaler und nationaler Sonderinteressen. Mannigfaltigkeit der Gruppen in der Einheit der Organisation sei das Gebot der Stunde. Seinen eigenen Platz in der Bewegung solidarischer (Selbst)Befreiung kann nur der finden, der sich mit seinen eigenen Gedanken wirklich vertraut macht, sie in Arbeitsgemeinschaften freimütig diskutiert und durch eigene Studien vertieft. Die eigentliche Aufgabe vor der wir stehen beginnt erst dann, wenn jede und jeder die eigene Arbeit im Zusammenhang der großen Entwicklung sucht und stellt.

Anna Siemsen schließ ihre Botschaft mit den Worten: „Aber auf uns kommt es an. Lasst nichts unversucht.“



Gespräche beim Tee

Michael Lauter Der aufregende Lebensweg von Maya Günther

Eine kleine 48-seitige, reich bebilderte Broschüre gibt Auskunft über den Lebensweg von Maja Günther. Erzählt von Gustav Peinel, einem engen Freund der Familie. Es ist ein Lebensbild einer aufrechten Frau, die den Unbilden zum Trotz warmherzig, freundlich geblieben ist und ihren Idealen treu.

„Sofort fielen Ihre strahlenden Augen und die frisch lackierten roten Fingernägel auf“ beschreibt der Autor seine ersten Eindrücke von ihr.

Diese Worte sind Programm. Es geht um den Menschen und nicht um ein Denkmal. Die Erinnerung an eine einfache ungewöhnliche Frau. Kein Pathos, sondern einfache Beschreibung ihres Lebens. Und das hatte es in sich. 1937 geboren in der Sowjetunion. Dorthin mussten ihre jüdischen Eltern fliehen, weil sie in Nazideutschland nicht hätten überleben können.

Doch ihr Vater überlebt Stalins Terror nicht. Wie es vielen aufrechten Kommunisten und Antifaschisten damals ergangen ist. Ihre Kindheit verbringt sie in sowjetischen Kinderheimen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie die die Trennung von der Familie schmerzt. Um so beeindruckender, dass sie so behütet als Deutsche aufwächst. Dann die dramatische Rückkehr nach Deutschland.

Hier kommt sie zunächst nur schwer zu recht. Natürlich bleibt ihre Mutter im Osten des nun geteilten Landes. Dort auch findet ihr einfaches unaufgeregtes Leben statt.

In Berlin gründet sie eine Familie. Schließlich wird Leipzig ihr Lebensmittelpunkt. Als Dolmetscherin tätig, reist sie sie viel, mehrfach in die Sowjetunion.

Ihr bleibt sie lebenslang freundschaftlich verbunden. Auch als die UdSSR aufgelöst wird, bleibt Russland ihre Heimat mit all den Kindheitserinnerungen. Dann die Ereignisse von 1989/90. Ihr Leben gerät aus den Fugen.

Sie hat Glück, kann bis zur Rente weiter als Dolmetscherin arbeiten. Ihr eigenes Schicksal vor Augen, engagiert sie sich bis zu ihrem Tod im Leipziger Bund der Antifaschisten. Dieses kleine Broschüre scheint besonders für jüngere Leser geeignet. Der Autor schildert Majas Leben in einfachen, sehr nahegehenden Worten. Er lässt die Ereignisse sprechen, verzichtet auf überflüssige Wertungen. Auch die heiteren Seiten Majas bringt er uns nahe. Was die Worte nicht ausdrücken können, das wird durch die einfühlsamen Illustrationen von Julia Zejn lebendig.

Sie geben der Broschüre ein eigenes Flair, sozusagen als integriertes Kunstwerk. Hervorzuheben ist das Glossar.

Besonders jüngere Leser werden davon profitieren, ohne Suchmaschinen in Anspruch zu nehmen. Eine lesens- und anschauungswerte Broschüre.



① Die Broschüre kann gegen eine Spende von mindestens 20 € direkt beim VVN-BdA Leipzig e.V. bestellt werden

E-mail: info@vvn-bda-leipzig.de (Betreff: Maja)

Post: Postfach 460220, 04167 Leipzig

Überweisungen auf das Konto
IBAN: DE54 8306 5408 0004 2874 44

Bei der Skatbank Altenburg
Verwendungszweck: Spende Maja
und die Anschrift für Postversand



Veranstaltungen zum Ausbildungsprogramm der **Aufbauheld*innen**

Die Aufbauheld*innen stehen für praktische Solidarität, politische Bildung und gemeinschaftliches Engagement.

Bei unseren Veranstaltungen geht es nicht nur um Diskussionen, sondern ums Anpacken: Durch Workshops, Weiterbildung und Kompetenztraining – wir verbinden Theorie mit Tatkraft. Gemeinsam schaffen wir Räume für Vernetzung, Wissensaustausch und Empowerment. Wir bilden aus:

- **Kandidat*in**
- **Aktivist*in**
- **Planer*in**
- **Bildner*in**



Mehr Infos und weitere Workshops findest du unter: <https://gleft.de/6nk>



3 Bilder aus dem letzten Monat

Kampagne (links oben): Die Haustürgespräche laufen weiter. Gleich zwei Mal sind wir Anfang Dezember losgezogen, um die Menschen im Schilling- und Schadowblock kennenzulernen! Dass überraschend eine Genossin in eins der Häuser einzog, als wir gerade mit anderen im Gespräch waren und wir so mit einigen Menschen aus dem Haus zum helfen zusammenkamen war nur eins der Highlights! Was bei den Gesprächen schnell klar wurde: vonovia zieht hier gleich mehrere Maschen ab. Wir bleiben dran.

Verteilaktion (rechts oben): Am Nikolaustag startete Die Linke Leipzig ihre traditionelle stadtweite Verteilaktion zum Jahreswechsel. Nachdem in den letzten Jahren dabei die Schwerpunkte Kinderarmut, Stromsperrern, Pflegenotstand und das kostenlose Mittagessen an Kitas und Schulen gesetzt wurden, steht 2025 das Thema Mietabzocke auf der Agenda. Unter dem Motto „Eine Stadt für alle bringt nicht der Weihnachtsmann“ verteilen wir ab dem 6. Dezember im gesamten Stadtgebiet über 5.000 inhaltliche Postkarten mit kleinen Schokoladenfiguren.

Veranstaltung (rechts unten): Am 15.12. luden wir zum Podium unter dem Titel „Kapitalismus am Limit“ in die Schaubühne Lindenfels ein. Mit ihrem Buch „Kapitalismus am Limit“ zeigten Ulrich Brand und Markus Wissen dabei die aktuellen ökologischen und sozialen Krisen im Kontext kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich neben Ulrich Brand, Dr. Skadi Jennicke und Daniela Kolbe.



Fotos: Privat

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Doppelausgabe:** Dieses Heft ist unsere Winter-Doppelausgabe für die Monate Dezember 2025/Januar 2026. Das nächste Mitteilungsblatt erscheint somit erst im Februar 2026. Der Redaktionsschluss dafür ist am 2. Februar 2026. Bis dahin wünschen wir allen LeserInnen frohe Feiertage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem Gesundheit.
- **Programmdebatte:** Die Linke plant ein Update für unser Grundsatzprogramm. Wir wollen als sozialistische Mitgliederpartei weiter auf der Höhe der Zeit agieren. Deshalb haben wir auf den Bundesparteitagen in Halle und Chemnitz beschlossen, unser Grundsatzprogramm an einigen Stellen zu überarbeiten. Zum Jahresbeginn findet die Mitgliederkonferenz zum Programmprozess in Berlin statt (siehe Termine). Aktuelles zum Programmprozess gibt es hier: <https://gleft.de/6r5>

Kick-off-Treffen linke Ukraine-Solidarität

Jule Nagel Der russische Krieg gegen die Ukraine währt fast vier Jahre, die Angriffe auf ukrainische Städte und Zivilbevölkerung erreichen seit Monaten immer neue Eskalationsstufen. Gerade jetzt im Winter drohen harte Zeiten, da immer wieder auch die Energieversorgungsinfrastruktur angegriffen wird. Auch nach innen greift der russische Staat durch: Oppositionelle Meinungen und Netzwerke sind massiv unter Druck, Menschenrechtsorganisationen oder politische Stiftungen werden als „unerwünscht“ deklariert oder gar verboten. Wir denken, dass auch die politische Linke hierzulande stärker Empathie und Solidarität mit den Menschen in der Ukraine sowie der Opposition in Russland zeigen und organisieren muss. Der Bruch des Völkerrechts und Angriffe auf Zivilist*innen brauchen unseren entschiedenen und wahrnehmbaren

Widerspruch – egal wo und durch wen sie geschehen.

Wir laden daher zu einem "Kick-off-Treffen linke Ukraine-Solidarität" in Leipzig ein. Dabei wollen wir den Fokus auch auf die Lage russischer Dissident*innen legen, für die die Perspektiven auf Schutz prekär sind und bleiben.

Unser Ziel ist es ein Netzwerk in und bei der Partei Die Linke zu schaffen, das den Schwerpunkt auf die Entwicklungen in diesen Ländern legt und die Kämpfe für Emanzipation und Freiheit dort unterstützt.

Wir laden euch ein: Mittwoch, **14. Januar 2026, 18:00 Uhr** ins **linXXnet, Brandstraße 15, 04277 Leipzig**
Inputs: Nelia Vakhovska (Kyijw) und Artyom Stassyuk (Ukrainische Linke, Dresden)

Neujahrs-Cleanup Day**Wann:** Sa., 03.01.2026**Wo:** innerhalb der jeweiligen SBVs

Die AG Klimagerechtigkeit ruft deshalb alle SBVs auf, sich an einem dezentralen Cleanup Day zu beteiligen. Gesammelt werden soll dort, wo der Müll tatsächlich liegen bleibt. Wer mitmachen möchte, meldet sich bitte mit SBV und geplantem Ort bei helenie.buntrock@dielinke-leipzig.de und sendet auch Fotos der Aktion dorthin. Bisher hat SBV Südwest zugesagt – wir freuen uns über weitere Beteiligung.

Weitere Infos auf Seite 4

Kick-off-Treffen linke Ukraine-Solidarität in Leipzig**Wann:** Mi., 14. Januar 2026, 18:00 Uhr**Wo:** linXXnet, Brandstraße 15

Wir laden daher zu einem "Kick-off-Treffen linke Ukraine-Solidarität" in Leipzig ein. Dabei wollen wir den Fokus auch auf die Lage russischer Dissident*innen legen, für die die Perspektiven auf Schutz prekär sind und bleiben. Inputs: Nelia Vakhovska (Kyijw) und Artyom Stassyuk (Ukrainische Linke, Dresden)

Weitere Infos auf Seite 23

Wir sagen: Trotz alledem! Leipziger Linke ruft am 15. Januar 2026 anlässlich der Ermordung von Rosa und Karl im Jahr 1919 zum Gedenken auf**Wann:** Do., 15.01.2025, 19:00 Uhr**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Am Donnerstag, dem 15. Januar 2026 wird der Leipziger Stadtverband der Linken unter dem Motto „Wir sagen: Trotz alledem!“ vor dem Liebknecht-Haus, in der Braustraße 15, zum Erinnern auf. Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nach der Niederschlagung des Januaraufstandes von rechten Freikorpsoldaten in Berlin brutal ermordet. Der Leipziger Stadtverband hat sich als Mieter im Liebknecht-Haus stets zu seiner besonderen Verantwortung für das Erinnern an das Lebenswerk und revolutionäre Erbe von Luxemburg und Liebknecht bekannt. Die diesjährige Würdigung ist für die Leipziger Linke aber kein bloßes Gedenken an das Jahr 1919, das wie 1918 als ein Epochenjahr der deutschen und europäischen Geschichte gilt. Unsere erinnerungspolitischen Aktivitäten sind eingebettet in die aktuellen Kämpfe um Wehrpflicht, Aufrüstung sowie Krieg und Frieden.

Queerer Wintermarkt**Wann:** Sa., 17. Januar 2026, 14:00 Uhr**Wo:** Hof des Liebknecht-Hauses, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Es wird Kunst von queeren Leipziger Künstler:innen, kreative Bastelstationen, verschiedene Infostände, eine warme vegane KfA („Küche für Alle“), Zuckerwatte, eine Bar mit Heiß- und Kaltgetränken sowie einen Rückzugsraum im Sinne gelebter Awareness-Strukturen geben.

Ein besonderer Programmpunkt ist die feierliche und dauerhafte Hissung der Progressive-Pride-Flagge am Liebknecht-Haus. Als Partei Die Linke verstehen wir den Einsatz für Menschenrechte intersektional. Queere Kämpfe sind untrennbar mit dem Einsatz gegen Unterdrückung, Armut und Diskriminierung verbunden sowie mit dem Widerstand gegen das Erstarken rechter und konservativer Strukturen, die Vielfalt und Freiheit bedrohen.

Wir möchten euch, der Community, Unterstützer:innen und Interessierten, auf dem queeren Wintermarkt einen Rahmen und Raum bieten, an dem Gemeinschaft, Sichtbarkeit und Solidarität spürbar wird.

LINKE IM BETRIEB. Vernetzung bei Speis und Trank**Wann:** Fr., 23. Januar 2026, 18:00 Uhr**Wo:** Frau Krause, Simildenstraße. 8

Lockerer Beisammensein von Aktiven aus Betrieben, Gewerkschaften und der Linken in der Frau Krause. Lasst uns schnackeln, vernetzen und Spaß haben. (Essen und Getränke sind bitte selbst zu zahlen)

Tagesseminar „Das Zuhause im Kapitalismus: Ökonomische Analysen zur Wohnpolitik.“ der AG Politische Bildung**Wann:** Sa., 24. Januar 2026, 9:00 Uhr**Wo:** NordWest-Stern e.V., Georg-Schumannstr. 126

Die AG Politische Bildung der Linken Leipzig lädt zu ihrem Tagesseminar „Das Zuhause im Kapitalismus: Ökonomische Analysen zur Wohnpolitik“ ein. Die maximale Teilnehmer*innenzahl ist auf 30 Personen begrenzt.

Impressum

Herausgeberin:

Stadtverband Die Linke Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@dielinke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Regelmäßige Termine**Stadtverband****Wann:** 2. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr (Nächster Termin: 13. Jan., 10. Feb.)**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online per BigBlueButton.

Der Stadtverband von Die Linke Leipzig ist zwischen der Parteitagen das höchste Gremium des Stadtverbandes.

Er trifft sich jeden Monat parteiöffentlich. Diese Treffen finden hybrid statt. Auf Nachfrage in unserer täglich besetzten Geschäftsstelle werden die Infos zu den Treffen gern zur Verfügung gestellt

Beratung der Ortsvorsitzenden und AG-SprecherInnen**Wann:** 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr (Nächster Termin: 20. Jan., 17. Feb.)**Wo:** Liebknecht-Haus, Braustraße 15 und online per BigBlueButton.

Der Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der AGs dient dem Austausch zwischen Stadtverband und organisierter Basis bzw. interessierten Mitgliedern.

Sie findet ebenfalls hybrid statt und ist für GenossInnen öffentlich. Wer dazu eingeladen werden möchte, sollte in unserer Geschäftsstelle Bescheid geben.

Eine zeitnahe Anmeldung wird empfohlen. Anmeldungen mit Name und Stadtbezirksverband bitte via Mail an: ag.polbil@dielinke-leipzig.de

Weitere Infos auf Seite 3

LINKE IM BETRIEB. KÄMPFERISCH UND STRASSENTAUGLICH**Wann:** Sa., 24. Januar, 09:30 Uhr**Wo:** OFT Völkerfreundschaft Grünau, Stuttgarter Allee. 9

Konferenz für Aktive aus Betrieben, Gewerkschaften und der Linken. Mit verschiedenen Workshops bereiten wir uns auf Tarifrunden, Betriebsrats- und Orgawahlen vor. Anmeldung: stefan.nagel@dielinke-sachsen.de

Weitere Infos auf Seite 14

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, AG Mitteilungsblatt
Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im Oktober 2025. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 02.02., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.